

Nr. 47

Dezember

IV/2009

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



BUND

**Ökologie: Deutschland kann mehr.
Die BUND-Bewertung des
Koalitionsvertrages
von Union und FDP**

Elmar Altvater

Marsch ins Treibhaus

Presseerklärung DER LINKEN im
Europarlament

**Klimaschutzabkommen ja –
atomarer Energiemix, nein danke!**

Marko Ferst

**Das Kreuz mit der Kohle.
Wird rot-rote Umweltpolitik
in Brandenburg ein Erfolgsmodell?**

**Stellungnahme
des Koordinierungsrates
der Ökologischen Plattform bei der
LINKEN zum Koalitionsvertrag
des Landes Brandenburg
zwischen SPD und LINKEN**

Editorial

Liebe LeserInnen,
die Brandenburger LINKE sorgte in den zurückliegenden Wochen für viel Gesprächsstoff. Gestartet mit starkem umwelt- und energiepolitischem Aufschlag in den vergangenen Jahren, gab sie in den Koalitionsgesprächen Etliches davon Preis. Die Verhandlungsgruppe erhielt viele Briefe und E-Mails, die auf Nachverhandlung und Änderungen drängten, so von Wolfgang Methling, Eva-Bulling Schröter, Dorothee Menzner; EU-Parlamentarier meldeten sich; Briefe aus NRW und Hamburg sind uns bekannt. Vermutlich wird noch von vielen anderen Kritik geübt worden sein. Neuerdings wollen sogar Brandenburger Parteimitglieder im Land austreten und bei der ÖPF eintreten. Eine Erklärung der Plattform zu den umweltpolitischen Koalitionsaussagen und weitere Beiträge sind im Innenteil nachzulesen.

In der Tarantel veröffentlichte Beiträge entsprechen natürlich nicht immer der Meinung aller ÖPFLer, auch innerhalb der Redaktion sind die Meinungen zu manchen Artikeln geteilt. Wir fordern deshalb nachdrücklich dazu auf, Kommentare und Gedanken zu den von uns veröffentlichten Artikeln einzusenden. Das würde unsere Zeitschrift inhaltlich sicher bereichern und auch das Meinungsspektrum innerhalb der Linkspartei besser verdeutlichen.

Wie aus dem Protokoll der letzten Sitzung des Koordinierungsrates entnommen werden kann, ist die BAG Umwelt-Energie-Verkehr an die Ökologische Plattform mit dem Wunsch nach Zusammenschluss herantreten. Eine Arbeitsgruppe wird erste Vorschläge und Überlegungen zum Treffen des Koordinierungsrates am 09.01. kommenden Jahres vorlegen, denn eine mögliche Vereinigung setzt vor allen Dingen einen langfristigen soliden Diskussionsprozess voraus. Nur ein Bundestreffen kann dann am Ende demokratische Entscheidungen fällen.

Wir möchten an alle LeserInnen, die auch Mitglieder der LINKEN sind und bisher keine schriftliche Erklärung zur Mitgliedschaft in der ÖPF abgegeben haben, appellieren, diese abzugeben. Der Vordruck für die Erklärung ist auf unserer Homepage zu finden. Bei einem Stand von 500 Erklärungen (zzt. ca. 400) könnten wir nämlich auf dem nächsten Parteitag 4 Delegierte statt 2 entsenden, und auch unsere finanzielle Situation gegenüber dem Parteivorstand würde damit gestärkt werden. – Allerdings wird in der Statutenkommission gegenwärtig bereits diskutiert, zukünftig den Arbeitsgemeinschaften und Plattformen keine regulären Mandate mehr zu gewähren. Eine wichtige demokratische Errungenschaft der Erneuerung nach der Wende würde damit demontiert werden, die wir nicht sprachlos hinnehmen würden.

Diesmal haben wir uns auf 24 Seiten beschränkt. Das liegt nicht daran, dass wir Redakteure schneller mit der Arbeit fertig werden wollten: Unsere Auflage wird immer höher und damit auch unserer Papierverbrauch, und wir sind dazu angehalten, mit dem Papier sparsam umzugehen. Welche Möglichkeiten

es gibt, die Tarantel auch bei ansteigenden Mitgliederzahlen in der Ökologischen Plattform für alle zugänglich zu halten, wird künftig zu diskutieren sein. Die Internetausgabe steht freilich allen zur Verfügung, ist per Webadresse verfügbar und kann über E-Mail versandt werden. Bereits seit der vorletzten Ausgabe verschicken wir den Link auf die Webseite an alle Landes- und Kreisvorstände. Wir bitten alle LeserInnen zu prüfen, ob sie nicht einen elektronischen Bezug (als Mailanhang oder Weblink) akzeptieren könnten, damit auch zukünftig noch einige Papierexemplare an Informationsständen zur Verfügung stehen. Gegenwärtig beziehen ca. $\frac{1}{8}$ der LeserInnen nur die elektronische Ausgabe.

Es gibt im Übrigen einen E-Mail-Verteiler der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt-Energie-Verkehr, über den alle 4 - 6 Wochen aktuelle Termine und Hinweise zu erhalten sind. Über info@oekologische-plattform.de kann man sich eintragen lassen.

Marko Ferst

Termine

Sitzung des Koordinierungsrates

09.01.2010 Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

Bundestreffen 2010

29./30.05.2010 Roedinghausen
(Nordrhein-Westfalen)

Konferenz für Ökologie und Sozialismus

13./14.03.2010 Saal der Volkshochschule Region Kassel, Wilhelmshöher Alle 21, 34117 Kassel
Veranstalter: Bildungsgemeinschaft SALZ
Anmeldung: salzkreis@yahoo.de
Information: www.bildungsgemeinschaft-salz.de
(siehe S.2)

LiMA – 7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz

11. – 14.03.2010 HTW Berlin, Campus Wilhelminenhofstr., www.lima-akademie.de
Kontakt: Petra Leistner, Linke Medienakademie e. V., Weitlingstr. 35, 10317 Berlin,
Tel. 030 42023116, info@lima-akademie.de
(siehe S. 2)

Abbildung auf der Titelseite

Jenny Franke fotografierte das Transparent von Greenpeace an der Siegessäule – Hinweis auf die Klimakonferenz in Kopenhagen, die unmittelbar nach Fertigstellung dieser Tarantel beginnt. Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich darauf eingehen.

IN EIGENER SACHE

Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform am 10.10.2009

Zeit: 10.30 – 13.00/13.30 – 16.30 Uhr
Ort: Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

1. Kurzauswertung Bundestagswahl

Die ÖPF leistete Zuarbeiten zum Wahlprogramm und erarbeitete 24 Flyer zu wichtigen ökologischen Themen. Diese wurden an etwa 700 Adressaten verschickt (alle LV und KV, alle Abgeordneten im Bundestag und in Landtagen). 5 weitere Falblätter wurden im Vorfeld auf unserer Homepage eingestellt. Die Resonanz auf die Flugblätter war innerhalb der Partei durchweg positiv, und es erreichten uns auch positiven Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit.

Für den Wahlkampf bleibt festzustellen, dass ökologische Fragen nicht nur im Wahlprogramm zu berücksichtigen sind, alle Wahlkämpfer und insbesondere Spitzenpolitiker müssen entsprechende ökologische Positionen auch in die Öffentlichkeit tragen und verbreiten. Auch Wahlplakate zu ökologischen Fragen sind notwendig.

2. Organisation der Plattformarbeit

Die Wirkungsmöglichkeiten sind dadurch begrenzt, dass alle Aktiven ehrenamtlich arbeiten: Um so mehr kommt es darauf an, zu prüfen, inwiefern sich die Arbeitsweise und Kommunikation untereinander möglichst ohne größere Aufwände verbessern lassen, eine Aufgabe, die eigentlich immer auf der Tagesordnung steht. Auf der Grundlage zweier vorliegender Vorschlagspapiere wurden Themen wie Publikation in der Presse, E-Mail-Verteiler, Internetforen, Organisation der Bundestreffen, Arbeit für die Zeitschrift Tarantel und Zusammenstellung einer Liste für ökologische Vortragsthemen behandelt und dazu Festlegungen getroffen.

3. Termine 2010 und Wahl der Parteitage delegierten

Da 2009 keine weitere Sitzung des Koordinierungsrates stattfindet, wurden bereits die Sitzungstermine für 2010 festgelegt: 09.01.2010, 28.05.2010, 11.09.2010, 11.12.2010. Die zweite Sitzung findet traditionell am Vortag des Bundestreffens statt, das von Nordrhein-Westfalen für den 29.-30.05.2010 in Roedinghausen (Kreis Herfurth) organisiert wird.

Zur Debatte stand der Vorschlag einer Delegiertenwahl über eine Delegiertenversammlung. Da nicht überall Landesstrukturen der Plattform bestehen, ist der Modus zur Festlegung von Delegierten für diese Länder problematisch. Deshalb wird wieder eine Briefwahl erfolgen. Alle sich bewerbenden Kandidaten werden zur nächsten Sitzung des Koordinierungsrates zwecks Vorstellung eingeladen.

4. Zukünftiges Verhältnis zwischen ÖPF und BAG

Die ÖPF wurde 1994 gegründet, um innerhalb der Partei ökologische Positionen einzufordern und zu etablieren. Die BAG entstand 2002, um den Verlust der Bundestagsfraktion zu kompensieren und den Bedarf an Abstimmung und Koordinierung zwischen den Landfraktionen zu decken. Es gab bisher immer eine gute Zusammenarbeit zwischen ÖPF und BAG, die ÖPF stellt auch einen Sprecher innerhalb der BAG.

Auf der Sitzung der BAG Umwelt-Energie-Verkehr im Juni 2009 wurde der Vorschlag unterbreitet, einen Zusammenschluss der beiden Gremien anzustreben. Innerhalb des Koordinierungsrates wurde der Vorschlag zustimmend aufgenommen. Es muss aber gewährleistet werden, dass die bisherige Arbeit der Plattform weitergeführt wird und keine Beschränkung auf parlamentarische Zuarbeiten bzw. Erfordernisse erfolgt. Auch der Name Ökologische Plattform ist unverzichtbar, da nach unserem Verständnis die Ökologie ein Querschnittsthema für die Politik sein muss. Da bisher keine konkreten Vorstellungen der BAG vorliegen, wurde ein Arbeitskreis gegründet, der konkrete Vorstellungen der ÖPF zum Zusammenschluss erarbeiten wird, die auf dem nächsten Koordinierungsrat diskutiert werden sollen.

5. Diskussionskultur

Im Zusammenhang mit Punkt 2. wurde eine Aussprache zum Umgang mit Meinungsverschiedenheiten geführt: Kritiken sind grundsätzlich erwünscht, haben aber sachlich zu erfolgen. Persönliche Meinungen kann jeder abgeben. Der Sprecherrat dient als Arbeitsgremium zwischen den Koordinierungsratssitzungen, da auch zwischendurch Fragen geklärt und die Positionen gegenüber der Geschäftsstelle vertreten werden müssen. Für eine bessere Kommunikation und Abstimmung und zur Vermeidung von Missverständnissen ist die Einhaltung von Formalitäten sinnvoll, deshalb werden zukünftig die Themen und Beschlüsse der Sprecherratssitzungen protokolliert und verteilt.

6. Falblätter

Die thematische Arbeit soll fortgesetzt werden. 18 weitere Themen sind in Vorbereitung:

- Krieg zerstört Menschen und Natur,
- Niedrigenergiebauweise,
- Biologische und industrielle Landwirtschaft,
- Tierbehandlung, Tierschutz,
- Bodenschutz, Bodenverbrauch,
- Allergien durch Lebensmittel,
- Elektroautoeinsatz,
- Leben auf Kosten der 3. Welt,
- Kann es „Grüne Marktwirtschaft“ geben?,
- Warum hat Energieeffizienz keine Lobby?,
- Zertifikate bereichern Konzerne,
- Ökologische Mitbestimmung,
- Ökologische Gegensätze Grüne/Linke,
- Entfremdung des Menschen von der Natur und den Mitmenschen,
- Ökologische Technologiepolitik-ökologische Produktivkräfte,
- Artenschutz-biologische Vielfalt,

- Trinkwasserversorgung,
 - Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung.
- Alle Mitglieder der ÖPF sind aufgerufen, sich zu beteiligen bzw. ggf. auch zu andere Themen Beiträge zu liefern.

Es wurden zwei weitere Faltblätter zur ökosozialen Marktwirtschaft und zum Lebensstandard und Konsumentenverhalten diskutiert. Es bestand Einigkeit, dass Flugblätter zu Grundpositionen einer besonderen Sorgfalt bedürfen. Zu diesen beiden Flyern besteht weiterhin noch Diskussions- und Abstimmungsbedarf.

7. Verschiedenes

Eine Initiative aus Rheinland-Pfalz zur **Einführung eines Sachkundenachweises für künftige Imker** wurde besprochen und im Nachgang der Sitzung elektronisch abgestimmt und an die Bundestagsfraktion weitergereicht.

2009 stand insgesamt 5000 € an **Finanzen** für die Plattformarbeit zur Verfügung, allerdings waren erstmals die Reisekosten mit eingeschlossen. Zusätzlich konnten ca. 2000 € an Spenden eingenommen werden. Allein die Kosten für die Faltblätter beliefen sich insgesamt auf etwa 4000 €. Vom Parteivorstand wurde uns eine Überziehung von 1000 € gewährt, allerdings ist insgesamt trotzdem ein geringes Minus zu verzeichnen. Der Finanzplan für 2010 wird mit 7000 € (5000 € vom PV, 2000 € Spenden) angesetzt. Es ist abzusehen, dass Reisekosten zukünftig gedeckelt werden müssen.

Es gibt Kontakte mit dem Presseshop der Partei, unsere Schriftenreihe „**Beiträge zur Umweltpolitik**“ auch dort zu publizieren. Als erstes wird die Veröffentlichung der Broschüre „Grünes Auto‘ oder ‚Solarauto‘? Ist individuelle Mobilität zukünftig nachhaltig möglich?“ vorgesehen.

Der Koordinierungsrat begrüßt die Vorlage zum „**Aktionsaufruf für den Klimaaktionstag am 12. Dezember**“ an den Parteivorstand. Die ÖPF wird versuchen, sich mit Aktivitäten zum Klimaaktionstag einzubringen.

Aufbau einer Liste mit ökologischer Vortragsthemen

Anne-Kathrein Petereit

Auf Vorschlag von Marko Ferst hat der Koordinierungsrat am 10.10.2009 beschlossen, künftig in der Tarantel und auf der Webseite mitzuteilen, wer von den Mitgliedern der Plattform welchen Vortrag halten könnte. Wir glauben, dass einige von uns etwas sagen können zu Themen, die in Beziehung zur Umweltkrise stehen. Deshalb bitte ich Euch, mir auf dem Postweg oder telefonisch Eure Angebote zu machen. Wir werden sie zusammenstellen und demnächst veröffentlichen. Als Beispiel gebe ich hier einen Vortrag an, den ich halten könnte.

Thema: Zins und Zinseszins als eine Ursache für die Umweltzerstörung

Inhalt: Konstruktionsfehler unseres Geldsystems; exponentielles Geldwachstum als Ursache für Wachstumszwang, Privatisierungsdruck und zunehmender Armut von großen Teilen der Bevölkerung; alternative Lösungen in Vergangenheit und Gegenwart

Technische Voraussetzungen beim Veranstalter: keine

Finanzielle Erwartungen: außerhalb von Brandenburg Fahrgeld und Übernachtungsmöglichkeit

Allgemeines: eingeschränkte Reisefähigkeit

Adresse: siehe unten

In Einzelfällen ist es vielleicht möglich, über die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Honorar zu zahlen. Manche Referenten sagen vielleicht auch: In die Gegend wollte ich schon immer mal fahren. Oder: Ich habe Verwandte dort, ich verbinde das Gesellschaftliche mit dem Privaten und zahle die Hälfte des Fahrgelds selbst. Man muss verhandeln!

Bitte macht Eure Angebote an:

Anne-Kathrein Petereit, Lindenstr. 11, 12555 Berlin, Tel. 030 6567967.

KONFERENZEN

Konferenz für Ökologie und Sozialismus 13./14.03.2010 in Kassel

Bildungsgemeinschaft Salz

Kaum ein anderes Thema brennt uns so unter den Nägeln wie der Widerstand gegen die fortgesetzte Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Mit ihrer Konferenz für Ökologie und Sozialismus will die Bildungsgemeinschaft SALZ dazu beitragen, die soziale Dimension der ökologischen Krise zu analysieren, um Ansatzpunkte für eine Überwindung der Destruktivität des globalen Kapitalismus zu formulieren. Dies soll einmal mehr im Dialog unterschiedlicher linker, antikapitalistischer Strömungen, Bewegungen und Parteien geschehen.

Wie kommen wir zu einer neuen internationalen und solidarischen Kooperation?

Wie können wir die drohende ökologische Katastrophe abwenden?

Und wie kommen wir zu einer alternativen Produktions- und Lebensweise?

Getragen von einem breiten Bündnis wollen wir mit unseren ReferentInnen, darunter Bruno Kern, Winni Wolf, Eva Steinfeld, Frieder Otto Wolf, Hans Gerd Öfinger und Manuel Kellner diesen Fragen nachgehen. Dabei wird die internationale Situation aus ökologischer Perspektive und im Zusammenhang mit

der aktuellen Wirtschaftskrise diskutiert. Wir fragen nach Möglichkeiten einer ökologischen Neuordnung der Produktionsweise und analysieren praktische Widerstandsformen in Lüchow-Dannenberg, in Lubmin und bei der „Bahn von unten“. Im Zusammenhang mit der ökosozialistischen Erklärung von Belém wird abschließend ein Forderungskatalog erarbeitet. Alle Interessierten finden nähere Infos unter www.bildungsgemeinschaft-salz.de. Anmeldungen sind über salzkreis@yahoo.de möglich.

**Bildungsgemeinschaft SALZ *
Konferenz für Ökologie und Sozialismus
Kassel, 13./14. März 2010
Saal der Volkshochschule
Region Kassel
Wilhelmshöher Allee 21
34117 Kassel*

7. LiMA Akademie 2010 in Kassel

Linke Medienakademie (LiMA)

Ein Muss für linke und alternative Medienmacher – die „LiMA Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz“ vom 10. bis 14. März 2010. Der jährlich in Berlin stattfindende Medienkongress bietet spannende Workshops für Starter, Fortgeschrittene und Experten – zum Weiterbilden, Diskutieren und Netzwerken.

In entspannter Atmosphäre direkt an der Spree teilen über 100 Dozenten und Referenten in den Räumen der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) ihr Wissen mit Medienmachern und – interessierten. Von Onlinejournalismus über modernes Zeitungslayout und Schreibwerkstätten bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit widmen sich die Kurse allen Mediengattungen.

Prominente Akteure aus Politik, Medien und Gesellschaft prägen das Diskussionsprogramm der Akademie. Dr. Gregor Gysi stellt Überlegungen über „Die Kunst der Rede in der Welt der Politik“ vor. Thomas Leifs streitbare Thesen zur Zukunft der Parteien, vorgestellt im Buch „Angepasst & Ausgebrannt – die Parteien in der Nachwuchsfalle“ werden präsentiert. Hans-Martin Tillack („Die korrupte Republik“) wird die dunklen Seiten des Landes ausleuchten, während Historiker Wolfgang Wippermann (u. a. „Autobahn zum Mutterkreuz. Historikerstreit der schweigsamen Mehrheit“) sich gegen die Gleichsetzung von DDR und drittem Reich einsetzt. Ulrich Stoll (frontal 21) gibt Einblicke in die Recherchen zur Geschichte der DDR-Rückkehrer für die ZDF/Arte-Dokumentation „Einmal Freiheit und zurück“. Gerhard Seyfried stellt erstmals seit einem Jahrzehnt einen Band mit neuen Cartoons vor, einen Monat vor

Erscheinen ein Blick in die Werkstatt der Zeichnerlegende.

*LiMA – 7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz, Berlin, 11. – 14.03.2010, HTW Berlin, Campus Wilhelminenhofstr., www.lima-akademie.de
Kontakt: Petra Leistner, Linke Medienakademie e. V., Weitlingstr. 35, 10317 Berlin, Tel. 030 42023116, info@lima-akademie.de*

POLITIK

Ökologie: Deutschland kann mehr. Die BUND-Bewertung des Koalitionsvertrages von Union und FDP

BUND

Union und FDP bekennen sich im Koalitionsvertrag zum „Prinzip der Nachhaltigkeit“. Die neue Koalition will „gute Lebensbedingungen für kommende Generationen“. Ein hehres Ziel – doch zu viele Leerstellen, wo es konkret werden müsste, und zu viele Vorhaben, die diesem Ziel widersprechen: Mehr Wachstum als regulierendes Leitprinzip, mehr Schulden, mehr Atommüll, zu wenig konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz, die Privatisierung zentraler Aufgaben der Daseinsvorsorge und schnelle Zulassung neuer Stoffe und Verfahren statt mehr Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Natur.

Für die Umweltbewegung wird es in den nächsten Jahren darum gehen, das Notwendige durchzusetzen und Fehlentscheidungen zu verhindern. Der BUND wird sich dafür stark machen, dass Neckarwestheim I, Biblis A und Brunsbüttel im nächsten Jahr vom Netz gehen und die gentechnikfreie Landwirtschaft erhalten bleibt. Der BUND wird darauf drängen, dass die Bundesregierung, die den Vorsitz der Convention on Biological Diversity der Vereinten Nationen innehat, 2010 der Aufgabe gerecht wird, federführend ambitionierte Ziele für den Stopp des Artenverlustes zu formulieren.

Klima und Energie

Im Koalitionsvertrag bleibt offen, wie der deutsche Beitrag zum globalen Klimaschutz aussehen soll. Zwar will Schwarz-Gelb das Klimaziel der alten Regierung beibehalten, die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Aber mit neuen Kohlekraftwerken, Atomkraft, Ausnahmen für die Industrie beim Klimaschutz, einem unkonkreten Energieeffizienzgesetz und ohne finanzielle Zusagen für die

wichtigen Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Dezember wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein.

AKW-Laufzeitverlängerungen verlängern die Gefahren

Eine zukunftsfähige – klimafreundliche, ressourcenschonende und sichere – Energieversorgung kommt ohne Atomkraft aus. Mit ihrem Vorhaben, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern, nimmt die neue Regierung große Gefahren für die Bevölkerung und kommende Generationen in Kauf. Und sie bremst Investitionen in erneuerbare Energien, die Kraft-Wärme-Kopplung und Gastkraftwerke, die für den Klimaschutz unverzichtbar sind. Unflexible Großkraftwerke passen nicht zu einer dezentralen und flexiblen Stromversorgung, wie sie die Erneuerbaren bieten.

Längere Laufzeiten bedeuten mehr Atommüll. Bisher gibt es kein geeignetes Endlager für den hochradioaktiven Atommüll. Schwarz-Gelb setzt auf den ungeeigneten Salzstock in Gorleben. Das Moratorium für dessen Erkundung soll aufgehoben werden. Die Prüfung von Alternativen ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Gorleben ist politisch gewollt. Der Salzstock wurde nicht anhand von wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt, und Experten zweifeln an seiner Eignung. Immerhin: Der Koalitionsvertrag fordert, dass die Energieversorger an den Kosten zur Schließung der gescheiterten Endlagerversuche in Morsleben und der Asse beteiligt werden sollen.

Erneuerbare Energien: Der Teufel steckt im Detail

Union und FDP betonen die Wichtigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Die Ausbauziele und der Vorrang der Erneuerbaren bei der Einspeisung in das Stromnetz bleiben erhalten. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll bis zum 1. Januar 2012 novelliert werden. Kurzfristig soll jedoch schon über die Förderhöhe für die Solarenergie und auch über weitere Beschränkungen für Freiflächen-Photovoltaik entschieden werden. Hier steckt der Teufel im Detail. Denn wenn hier zu sehr an der Schraube gedreht wird, könnte der Ausbau der Solarenergie deutlich gebremst werden. Entgegen erster Entwürfe ist im Koalitionsvertrag nicht mehr vorgesehen, bei der Förderung der erneuerbaren Energie im Wärmebereich nachzubessern.

Kohlekraftwerke: CCS als Feigenblatt für Klimakiller

Kohlekraftwerke sind mit Klimaschutz nicht vereinbar. Dennoch will Schwarz-Gelb den Bau neuer Kohlemeiler nicht nur ermöglichen, sondern stellt dafür sogar die Förderung mit Mitteln aus dem Emissionshandel in Aussicht, also Klimageld für Kli-

makiller. Sie setzt zudem auf die Technologie zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung von CO₂ (CCS). Ob CCS überhaupt funktioniert und sicher ist, ist fraglich. Den Kohlekraftwerksbetreibern dient CCS als Rechtfertigung für den Bau neuer Kraftwerke. Bisher finden die unterirdischen CO₂-Speicher vor allem bei der betroffenen Bevölkerung wenig Akzeptanz. Dafür will die neue Regierung nun werben. Die Nutzung des Untergrunds für CO₂-Speicher steht z. T. in Konkurrenz zur Energiegewinnung aus Erneuerbaren. Im Falle der Geothermie soll hierzu zumindest eine Prüfung stattfinden. Mögliche Konflikte mit Druckluftspeichern für Erneuerbare bleiben unerwähnt.

Energieeffizienz: Chancen werden nicht genutzt

Durch die effizientere Nutzung von Energie, z. B. durch sparsame Haushaltsgeräte oder Gebäudesanierung, kann und muss Deutschland pro Jahr mindestens zwei Prozent Energie einsparen. Mehr als 120 Mio. Tonnen CO₂ könnten in den kommenden zehn Jahren vermieden werden. Gleichzeitig könnten Wirtschaft und Verbraucher massiv entlastet, die Abhängigkeit von Energieimporten gesenkt und der Arbeitsmarkt angekurbelt werden. Die neue Regierung ist nicht gewillt, dieses Potenzial zu nutzen: Sie setzt auf Freiwilligkeit und Selbstkontrolle – ein Prinzip, das in den letzten Jahren nicht zur Umweltentlastung beigetragen hat. Unambitioniert ist sie auch bei der Ausgestaltung des Energieeffizienzgesetzes. Hier könnte sie konkrete Energieeinsparziele und Instrumente festlegen wie die Schaffung eines Energieeffizienzfonds, mit dem die Marktdurchdringung effizienter Technologien gefördert werden kann. Bei der energetischen Gebäudesanierung soll zwar die Sanierungsquote erhöht werden – von der notwendigen Verdopplung ist jedoch keine Rede. Auch die energetischen Vorschriften für Sanierungen und Neubauten, die durch die Energieeinsparverordnung geregelt werden, sollen nicht weiterentwickelt werden.

Emissionshandel für Industrie ausgehöhlt

Durch den Handel mit Emissionszertifikaten erhält die Klimaverschmutzung einen Preis, den die Verursacher bezahlen sollen. Doch die neue Regierung will der energieintensiven Industrie Zertifikate – wie schon Schwarz-Rot – weitgehend kostenlos zuteilen und somit Umweltverschmutzung rabattieren.

Nicht auszuschließen ist, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel als Industriesubventionen missbraucht werden. Die Koalition bekennt sich zwar einerseits zum EU-Beschluss, 50 Prozent der Einnahmen vorrangig dem Klimaschutz zur Verfügung zu stellen. Aber andererseits will sie die Erlöse ab der nächsten Handelsperiode ab 2013 auch in die Subventionierung der stromintensiven Industrie und den Neubau von Kohlekraftwerken stecken. Mit sol-

chen Maßnahmen wird der Emissionshandel als Klimaschutzinstrument ad absurdum geführt. Im Koalitionsvertrag wird angedeutet, dass der sogenannte Clean Development Mechanism (CDM) ausgeweitet werden soll. CDM-Zertifikate, also Verschmutzungsrechte, die durch Klimaschutz-Projekte im Ausland erworben wurden, sollen, wo immer möglich, genutzt werden. Die derzeitige Begrenzung des Anteils der CDM-Zertifikate im Emissionshandel will Schwarz-Gelb überprüfen. Werden in der Folge mehr CDM-Zertifikate zugelassen, sinken die Preise für Verschmutzungsrechte im Emissionshandel und damit der Anreiz für den dringend notwendigen Klimaschutz im Inland. Das Bundeswirtschaftsministerium soll prüfen, ob Subventionen an die stromintensive Industrie schon vor 2013 möglich sind. Vorgemacht hat das bereits die letzte Koalition: Mit dem Nachtragshaushalt 2009 wurde die Stahlindustrie mit Finanzspritzen bedacht.

Internationale Klimapolitik: Kein Angebot, aber Forderungen

Das Klimaschutzabkommen, das im Dezember in Kopenhagen verabschiedet werden soll, wird maßgeblich darüber entscheiden, ob eine globale Erwärmung von über 2 Grad Celsius verhindert werden kann. Statt konkrete Angebote zu machen, z. B. finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer bei Klimaanpassungen, fordert die neue Regierung Schwellenländer zu mehr Klimaschutzanstrengungen auf. Die neue Regierung setzt sich nicht für das notwendige Ziel einer CO₂-Reduktion in Europa von mindestens 30 Prozent bis 2020 ein. Dabei bleiben die bisher zugesagten 20 Prozent sogar noch hinter den Mindestforderungen der Klimawissenschaftler von 25 – 40 Prozent Reduktion in den Industrieländern zurück.

Verkehr: Klima- und Gesundheitsschutz bleiben auf der Strecke

20 Prozent des CO₂-Ausstoßes und der größte Teil der ebenfalls zur globalen Erwärmung beitragenden Ruß- und Stickoxidemissionen entstehen im Straßenverkehr. Um das Klima zu schützen, müssen die CO₂-Emissionen bei den Pkw und leichten Nutzfahrzeugen rasch abgesenkt, Maßnahmen gegen die massive Zunahme des Transit-Lkw-Verkehrs ergriffen sowie Straßen- und Luftverkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger, insbesondere auf die Schiene, verlagert werden. Der Koalitionsvertrag verfolgt keine dieser Maßnahmen. Im Gegenteil: Die neue Bundesregierung will die von der EU-Kommission vorgeschlagenen CO₂-Grenzwerte für leichte Nutzfahrzeuge verzögern und die Einbeziehung externer Kosten (Umweltkosten) in die Lkw-Maut ablehnen. Auf Anreize für klimafreundliche und sparsame Pkw durch die Bindung der Dienstwagenbesteuerung an den CO₂-Ausstoß, auf die zu Beginn

der Verhandlungen diskutierte Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel und auf ein Tempolimit auf Autobahnen wird verzichtet. Dem Luftverkehr sollen weiter Steuerprivilegien gewährt werden. Dazu zählt die Befreiung von der Mineralölsteuer und von der Mehrwertsteuer auf internationale Tickets. Der Flugverkehr erhält somit Wettbewerbsvorteile gegenüber der Bahn. Ein weiterer Ausbau der Flughäfen wird angekündigt. Die Bundesregierung nimmt dadurch zusätzliche CO₂-Emissionen sowie die Verknappung und Verteuerung des Erdöls in Kauf. Rückschritte auch beim Gesundheitsschutz: Die neue Regierung stellt die Einrichtung von Umweltzonen in Städten in Frage, obwohl diese nachweislich die Ruß- und Stickoxidbelastungen mindern. Im Namen des Ministeriums für „Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ taucht der wichtige Aspekt „Stadtentwicklung“ nicht mehr auf. Jetzt heißt es Ministerium für „Bauen, Wohnen und Verkehr“. Lebenswerte Städte sind demnach kein bundespolitisches Handlungsfeld mehr. Es fehlen konkrete Aussagen zur Stärkung des Radverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs. Widersprüchlich sind die Aussagen zum Lärmschutz. Einerseits soll Lärm im Schienengüter- und im Straßenverkehr reduziert werden. Andererseits sollen Nachtflüge ausgeweitet werden. Statt den Verkehr von der Straße auf die umweltfreundliche Schiene zu verlagern, will Schwarz-Gelb mehr in den Straßenbau investieren. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut, das sind 3,5 Milliarden Euro jährlich, sollen künftig ausschließlich für den Fernstraßenbau ausgegeben werden. Weitere Straßen sollen durch zusätzliche Kreditaufnahme und durch Projekte mit öffentlich-privater Finanzierung rasch gebaut und erst später bezahlt werden. Das bedeutet eine zusätzliche Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen und des Natur- und Umweltschutzes. Auch die geplante Bahnprivatisierung und die Zulassung von Megatrucks mit höheren Gewichten und Abmessungen führen zu einer Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße. Widersprüchlich sind die Beschlüsse zur Schifffahrt. Positiv zu würdigen ist die erkennbare Abkehr von einer massiven Politik des Flussausbaus für Binnenschiffe und die angekündigte Reform der Wasserstraßenverwaltung. Allerdings fehlen klare Aussagen gegen naturzerstörende Flussprojekte. Kritisch zu sehen ist das Bekenntnis zur Vertiefung der seewärtigen Zufahrten zu den Seehäfen in Hamburg und Bremerhaven. Damit sind massive Eingriffe in die Natur verbunden. Nötig ist ein integriertes Konzept für die großen Nordseehäfen und eine Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs, das ökologische und wirtschaftliche Anforderungen verbindet.

Landwirtschaft: Kein Mut zu Reformen

Die bisherige pauschale Förderung der Landwirtschaft schadet der Umwelt und fördert die Massentierhaltung. Mit Steuergeldern wird eine Überproduktion von Milch und Fleisch subventioniert, die Bauern hierzulande ruiniert und Märkte in Entwicklungsländern zerstört. Schwarz-Gelb will diesen Kurs fortsetzen und unterstützt eine auf den Weltmarkt ausgerichtete Landwirtschaft, die von Exportsubventionen abhängig bleiben wird. Mit der Absage an eine Mengenausweitung bei der Milchproduktion und der Einführung einer Prämie für die ökologisch sinnvolle Milcherzeugung auf Grünland geht die neue Regierung immerhin einen Schritt in Richtung nachhaltige Landwirtschaft. Dies gilt es nun auch auf EU-Ebene zu etablieren und zum Kern des nächsten Agrarhaushaltes ab 2014 zu machen. Doch bei der europäischen Agrarpolitik bleibt Schwarz-Gelb vage. Bis 2013 soll an der pauschalen Subventionierung von Agrarbetrieben festgehalten werden, möglichst auch danach. Das heißt, dass auch in den nächsten drei Jahren Millionenbeträge an Konzerne und Großbetriebe fließen, ohne dass dies an wirksame Umweltauflagen geknüpft wird. Ab 2014, wenn der neue EU-Haushalt in Kraft tritt, setzt die schwarz-gelbe Koalition weiter auf das Modell der „zwei Säulen“ des EU-Agrarretats. Neben der zweiten Säule, die den ökologischen Landbau beinhaltet, wird also auch weiterhin die industrialisierte Agrarwirtschaft mit staatlichen Zuschüssen rechnen können – obwohl sie verantwortlich ist für große Mengen vermeidbarer Treibhausgasemissionen, zunehmende Bodenerosion, steigende Nitratbelastung in Gewässern und Riesenställe mit nicht artgerechter Tierhaltung und gentechnisch verändertem Futter.

Grünes Licht für die Agro-Gentechnik

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen lehnt Gentechnik auf Acker und Teller ab. Dem trägt der Koalitionsvertrag jedoch keinerlei Rechnung. Er ist aus der Feder derer, die die Agro-Gentechnik als „Zukunftsbranche“, als „große Chance für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit“ sowie als „Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers“ betrachten. Von diesen Heilsversprechen ist bisher noch keines in Erfüllung gegangen. Dennoch soll die Agro-Gentechnik gefördert werden. So soll die Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) kippen. D. h. nicht abschließend oder möglicherweise überhaupt nicht sicherheitsbewertete GMO sollen in Lebens- und Futtermitteln vorkommen dürfen, müssen nicht gekennzeichnet werden und sind damit unsichtbar für Verbraucherinnen und Verbraucher. Dafür will die schwarz-gelbe Koalition das Gentechnikgesetz und das EG-Gentechnikdurchführungsgesetz ändern. Durch eine Änderung des EG-Gentechnikdurchführungsgesetzes würde vermutlich

auch die „Ohne-Gentechnik“-Kennzeichnung ausgehebelt. Verlierer sind vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher, denen die Wahlfreiheit genommen wird. Der bereits unter der letzten Regierung ins Leben gerufene sogenannte „Bioökonomierat“ – ein mit 14 ausgewiesenen Gentechnikbefürwortern besetztes Gremium, darunter Vertretern der BASF, Dow AgroSciences und des Deutschen Bauernverbandes – soll für die Bundesregierung eine Strategie zur Förderung der Gentechnik in Forschung und Anwendung erarbeiten. Das heißt: Die schwarz-gelbe Koalition bezahlt mit Steuergeldern über den Haushalt des Forschungsministeriums Lobbyisten der Agro-Gentechnik dafür, ein Lobbykonzept in eigener Sache zu entwerfen und für dessen Umsetzung auch noch den Finanzierungsbedarf selbst zu bestimmen. Damit schreibt die neue Regierung die Fehler der alten in der Forschungspolitik fort. Sie setzt einseitig auf eine Technologie, bindet auf diese Weise Mittel und verhindert damit, dass andere Ansätze eine Chance erhalten.

Das Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais Mon 810 bleibt zwar vorläufig bestehen, jedoch wird der Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffel „Amflora“ für eine kommerzielle Nutzung unterstützt. Während die Bundesregierung beim Gentechnik-Mais den Ausgang des von Monsanto angestrebten Gerichtsverfahrens abwarten will, betreibt sie für die BASF-Kartoffel offensiv Produktwerbung. Das ist nicht nur befremdlich insofern, als ein Koalitionsvertrag kein passender Ort für Product-Placement ist, sondern auch, weil das Unternehmen „Emsland Stärke“ bereits eine konventionelle Kartoffel mit den Eigenschaften der „Amflora“ auf den Markt gebracht hat. Schwarz-Gelb hat vor, die einzelnen Bundesländer selbst über die Abstände zwischen Feldern mit und ohne gentechnisch veränderten Pflanzen entscheiden zu lassen. Entsprechende rechtliche Änderungen (und ihren Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht) vorausgesetzt, könnten die Länder unterschiedliche Schutzniveaus vor gentechnischen Verunreinigungen festlegen. Gentechnikfreies Landwirtschaften wird damit massiv erschwert. Die Bundesregierung wird sich zudem auf EU-Ebene für „effiziente Zulassungsverfahren“ einsetzen – d. h. sie wird für deren Beschleunigung eintreten und in Brüssel künftig eher mit „ja“ als mit – wie bisher – „Enthaltung“ stimmen.

Ökologischer Ablasshandel im Naturschutz

In Deutschland ist ein dramatischer Verlust der Artenvielfalt zu verzeichnen. Im Koalitionsvertrag wird der Erhalt der biologischen Vielfalt zwar als Ziel formuliert, aber es fehlt ein konkreter Maßnahmenkatalog, wie dieses Ziel erreicht werden kann. So soll ein Bundesprogramm zur Umsetzung der nationalen Strategie für biologische Vielfalt auf den Weg gebracht werden – und damit einer zentralen Forderung des BUND entsprochen werden. Wesentliche Handlungsfelder wie der Arten- und Biotopschutz,

Moorschutz oder Waldschutz werden aber nicht benannt. Auch über die finanzielle Ausstattung schweigt sich der Koalitionsvertrag aus. Aussagen zur Finanzierung und Gestaltung fehlen auch bei dem Programm zur Wiedervernetzung von Lebensräumen und bei der Zielvorgabe, Flüsse durchgängig zu gestalten und natürliche Auen zu reaktivieren. Zudem fehlt eine Absage zum ökologisch und wirtschaftlich unsinnigen Ausbau von Flüssen, z. B. der Elbe, Donau und Havel. Die Handschrift der FDP trägt der Beschluss, dass die Zerstörung von Natur z. B. durch neue Industriegebiete, Straßen- oder Siedlungsbau künftig allein durch Geldzahlungen kompensiert werden kann, statt – wie bisher – an anderer Stelle einen Ausgleich zu schaffen. Dies kommt einem ökologischen Ablasshandel gleich. Die deutsche Regierung hat noch bis Ende 2010 den Vorsitz der Convention on Biological Diversity der Vereinten Nationen inne, die im nächsten Jahr Ziele für den weltweiten Stopp des Artenverlustes nach 2010 definieren muss. Dieser besonderen Rolle im internationalen Biodiversitätsschutz wird der Koalitionsvertrag nicht gerecht. Ein Lichtblick immerhin ist die Weiterführung der Übertragung von Flächen des Nationalen Naturerbes in der Größenordnung von 25 000 Hektar national wertvoller Naturflächen und das Versprechen, das Grüne Band Deutschland entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze als „Naturmonument“ zu sichern.

Verbraucherschutz: Schutz vor gefährlichen Chemikalien wird aufgeweicht

Aufgabe der Politik muss sein, Verbraucher und Umwelt vor Schadstoffen zu schützen. Statt jedoch anzukündigen, der Industrie genauer auf die Finger zu schauen, werden Regelungen zur Zulassung von Schadstoffen aufgeweicht und zuständigen Behörden das Budget gekürzt. So will die neue Regierung die Zulassung von Bioziden erleichtern und weniger Gebühren für die Unterhaltung der Europäischen Chemikalienagentur ECHA erheben. Damit wird die erfolgreiche Umsetzung der europäischen Chemikalienverordnung REACH gefährdet (steht für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien). Auch bei der Nanotechnologie zählen für die Regierung allein Industrieinteressen. Von freier Entwicklung und freien Forschungsmöglichkeiten sowie der konsequenten Weiterentwicklung ist die Rede – kein Wort über die Risiken für Umwelt und Verbraucher.

Stand: 27. Oktober 2009

Quelle: Bundletter, 25.11.2009

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/sonstiges/20091027_sonstiges_bewertung_koalition_svertrag_schwarz_gelb.pdf

Was müssen die Brandenburger LINKEN auf dem Gebiet der Energiepolitik tun, um glaubwürdig zu bleiben? Empfehlungen

Beschluss des Sprecherrates der Ökologischen Plattform bei der LINKEN, 19.11.2009

Im Koalitionsvertrag von Rot-Rot sind viele energiepolitische Ziele enthalten, für die die LINKE einsteht und die sie im Wahlkampf vertreten hat, insbesondere Ziele zur Entwicklung der erneuerbaren Energien. Andererseits sind auch bisherige Ziele der SPD und CDU enthalten, gegen die die LINKEN bisher Sturm gelaufen sind: neue Tagebaue, neue Kohlekraftwerke, Braunkohleverstromung bis zum Sankt Nimmerleinstag, Entwicklung der CCS-Technologie, Verpressung des Kohlendioxids in unterirdische Kavernen - die ganze Palette von Forderungen des Energieriesen Vattenfall.

Viele namhafte Ökologen und Politiker haben ihre Meinung zu diesen Festlegungen in Schreiben an die führenden Brandenburger Genossen niedergelegt: Wolfgang Methling, die MdB Eva Bulling-Schröter, Dorothee Menzner und Dagmar Enkelmann und viele andere. Auch die Ökologische Plattform hat zur Energiepolitik Stellung genommen. Es wurden Nachverhandlungen und die Nichtannahme des Koalitionsvertrages gefordert.

Gregor Gysi hat auf dem Parteitag am 4.11.2009 vorgeschlagen, dass der Parteitag beschließen solle, dass die linken Regierungsmitglieder und die Fraktion daran gebunden werden, einem Neuaufschluss von Tagebauen, neuen Kohlekraftwerken und der CCS-Technologie und Kohlendioxidverpressung nicht zuzustimmen. Dadurch könne die Glaubwürdigkeit der Brandenburger LINKEN wieder hergestellt werden.

Ein entsprechender Initiativantrag von Peer Jürgens u. a. „Energiewende gemeinsam herbeiführen“ wurde auf dem Parteitag am 4.11.2009 beschlossen. Darin wird die Position der LINKEN bekräftigt, „dass weder Braunkohleverstromung, noch die CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS-Technologie) einen strategischen Ausweg darstellen“.

Die Ökologische Plattform sieht in den Festlegungen im Koalitionsvertrag einerseits zu den Klimazielen und andererseits zu den Energiezielen unüberbrückbare Widersprüche.

Was wurde zum Klimaschutz festgelegt?

Die CO₂-Emissionen sollen innerhalb von 10 Jahren bis 2020 um 40 % gesenkt werden, bezogen auf das Basisjahr 1990. Das ist eine Forderung, die auch von der Bundesregierung beschlossen wurde. Das ist kein ehrgeiziges Ziel.

Wie hat sich in Brandenburg der **Klimagasausstoß** verändert? **Kurz nach der Wende** wurden etwa **92 Mio. t CO₂** in die Luft gepustet. Durch Abwicklung und Stilllegung großer Teile der DDR-Industrie sank dieser Wert im Jahre **1996** auf **53 Mio. t**. Der CO₂-Ausstoß war **um 40 % gesenkt worden**.

Ab 1996 stiegen die Emissionen wieder an, die Industrie erholte sich geringfügig und die Emissionen pendelten sich auf einen Wert von etwa **60 Mio. t CO₂-Emissionen (2006)** ein. In den vergangenen 10 Jahren ist keine Tendenz zur Verringerung der Emissionen zu erkennen. Das gilt übrigens auch für ganz Deutschland, denn die Emissionen sind in den letzten Jahren, bis auf geringe jährliche Schwankungen, nicht zurückgegangen.

Die **Festlegungen im Koalitionsvertrag lassen 2020 nur noch 53 Mio. t CO₂** zu. Bis 2020 müssen also über **10 Mio. t CO₂ vermieden werden**. Da müssten bis dahin mindestens 2 Blöcke im Kraftwerk Jänschwalde stillgelegt werden, was etwa 7,8 Mio. t CO₂-Emissionseinsparung bringen könnte.

Ohne fossile Energieträger aus der Nutzung zu nehmen waren die bisherigen und sind die neuen Ziele der Landesregierung nicht zu verwirklichen. Deshalb dürfen ab sofort keine neuen Kohlekraftwerke gebaut und keine neuen Tagebaue erschlossen werden.

Die rot-schwarze Regierung und der Konzern Vattenfall wollten diese Zielstellung umgehen und haben die **CCS-Technologie** ins Spiel gebracht, mit der das CO₂-Gas unter die Erde verpresst werden soll.

Es wurde auf Empfehlung des Hauptausschusses ein **Landtagsbeschluss** gefasst (4/6472 in Verbindung mit dem Plenarprotokoll 4/70 S. 5238). Da heißt es: „Der Hauptausschuss weist darauf hin, dass nach seiner Auffassung die Landesregierung **neue Tagebaue nur dann genehmigt, wenn die dazugehörigen Kraftwerke zur Braunkohleverstromung mit der CCS-Technologie ausgestattet werden.**“ Das wurde, um wieder glaubwürdig Klimaschutzziele vertreten zu können, festgelegt. Zu dieser Festlegung gibt es aber **kein Gesetz**, das hat der Landtag bisher versäumt. Vattenfall kann also zu nichts gezwungen werden, dem Konzern bleiben alle Optionen offen.

Außerdem wird (nach Vattenfall) **vor 2020 die CCS-Technologie nicht industriepaxisreif** sein. Die Lagerstättenforschung in Ketzin wird auch erst in einigen Jahren erste Ergebnisse vorzuweisen haben, die aber durchaus auch negativ ausfallen können, was die Grundwasserqualität, die Dichtigkeit der Lagerstätten und die Gefahren bei Langzeitlagerung anbetrifft. **Es sind also weder die Technologie noch die Lagerung bis 2020 anwendungsreif.**

Was muss nun die LINKE tun, um nicht wie die alte Regierung am Ende feststellen zu müssen, dass die Emissionen nicht gesenkt wurden und der Koalitionsvertrag nicht erfüllt wurde? Was muss die LINKE tun, um energiepolitisch glaubwürdig zu bleiben?

1. Zuerst muss eine **gesetzliche Grundlage für den CCS-Vorbehalt** geschaffen werden, um den Beschluss der rot-schwarzen Regierung auch umsetzen zu können, dass nämlich neue Kohlekraftwerke nur mit CCS-Technologie genehmigt werden können. Damit würden der **Neubau von Kraftwerken und der Aufschluss neuer Tagebaue bis 2020 gesetzlich blockiert**.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Neue Kraftwerke soll es in Brandenburg nur geben, wenn damit die in der Energiestrategie 2020 festgelegten CO₂-Reduktionsziele von 40 % bis 2020 und weiteren 35 % bis 2035 gegenüber 1990 erreicht werden können.“

2. Die LINKE muss eine landesplanerische Verfügung erwirken, die das **Abschalten von Kohlekraftwerken bei einem Zuwachs an erneuerbarer Energie** ermöglicht. Das 40 Jahre alte Kraftwerk Jänschwalde muss vom Netz, wenn die erneuerbaren Energien den Brandenburger Bedarf decken können. Dadurch wäre eine Einsparung von 20 Mio. t CO₂-Emissionen möglich, die Klimaziele wären damit erreichbar. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Dazu sollen ... mit den Betreibern öffentlich-rechtliche Verträge abgeschlossen werden, um so einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2020 des Landes zu leisten.“ Dieser Vertragspassus gilt zwar für den Neubau von Kraftwerken, der aber nach den Zielen der Energiestrategie gar nicht zulässig ist.
3. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass in den Gebieten mit wahrscheinlicher Eignung für die Untertagelagerung von Kohlendioxid **Anlagen der tiefen Geothermie errichtet werden**. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Hinsichtlich der Eignung bestimmter Gesteinsstrukturen für die Speicherung von Erdgas, CO₂, für die tiefe Geothermie oder andere Nutzungen sollen die unterschiedlichen Nutzungsansprüche koordiniert werden.“ Ist tiefe Geothermie vorhanden, kann kein Kohlendioxid eingelagert werden.
4. Die LINKE muss ein Gesetz zur lückenlosen und aktuellen **Information der Bevölkerung zu den Forschungen zur Untertagelagerung von CO₂** ausarbeiten, im Landtag beschließen lassen und umsetzen. Dazu sind im Koalitionsvertrag Festlegungen getroffen worden (Zeile 926 bis 930).
5. In der **Landesplanung** müssen **klare Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß der Kraftwerke** verankert werden als Voraussetzung für die Genehmigungen von Tagebauen und Kraftwerken, damit auch nach 2020 keine Kraftwerke gebaut werden können. Ein Grenzwert von 95 % Abscheidung ist z. B. technisch und ökonomisch nicht machbar und sollte deshalb festgelegt werden.
6. Die **Lagerstätten erkundung** darf nicht dem Vattenfall-Konzern überlassen werden, sondern muss **von einer neutralen Institution** durchgeführt werden, wie z. B. das **Geoforschungs-**

zentrum Potsdam. Das würde auch den notwendigen Informationsfluss garantieren.

Eins steht fest, sollen die Klimaziele erreicht werden, dann darf es keinen Neubau von Kohlekraftwerken geben, keinen Neuaufschluss von Tagebauen, und es müssen Kohlekraftwerke bereits vor 2020 stillgelegt werden. **Alle Festlegungen im Koalitionsvertrag zur Braunkohle und zur CCS-Technologie sind durch die festgeschriebenen Reduktionsziele hinfällig.** Entweder die Klimaziele werden erreicht oder Vattenfall führt die Regierung weiterhin am Nasenring vor, wie sie das mit dem Wirtschaftsminister Christoffers bereits tut, der nach dpa-Nachricht (ND vom 16.11.09) einen bundesrechtlichen Rahmen für die CCS-Technologie fordert. Wie dieser rechtliche Rahmen gestaltet ist, dürfte auch Christoffers klar sein. Warum rührt er daran?

Erneuerbare Energien als „tragende Säule im Energiemix“

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass **bis 2020**, also in 10 Jahren, der Anteil der **erneuerbare Energie auf einen Anteil von 20 % am Primärenergieverbrauch** steigt. Nun sind am Primärenergieverbrauch nicht nur die Kohlekraftwerke, sondern auch die Industrie, die Haushalte und der Verkehr beteiligt. Hier geht es also nicht nur um die Verbrauch von Elektroenergie, sondern auch um den Verbrauch von Gas, Briketts, Holz und Fernwärme für die Heizung der Räume sowie um Vergaser- und Dieselmotoren für die Fahrzeuge und die Bahn.

Wie hoch ist nun der **Primärenergieverbrauch in Brandenburg? 2005** lag er (neuere Zahlen sind nicht bekannt) bei 671,8 Petajoule, wobei der Anteil der Braunkohle bei 51,3 %, der Mineralöle bei 31,7 % und der **Anteil der erneuerbaren Energien bei 6,8 %** lagen. Eine **Steigerung von 6,8 % auf 20% in 10 Jahren ist ein anspruchsvolles Ziel.** Das bedeutet eine **Verdreifachung** der Energien aus erneuerbaren Quellen. Da erneuerbare Energien beim Kraftstoffverbrauch höchstens 5 % bei Dieselmotoren erreichen können und beim Heizenergieverbrauch nur geringe Umstellungen auf erneuerbare Energien zu erwarten sind, konzentriert sich der Aufbau erneuerbarer Energien auf die Stromerzeugung aus Windenergie.

Beim Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung wurden in Brandenburg nach Angaben des Bundesverbandes WindEnergie e. V. von den 2 750 Windenergieanlagen etwa 4 000 MW installierte Leistung erreicht, die **36 % des Nettostromverbrauchs Brandenburgs** decken. (Deutschland hat insgesamt 14 % erreicht). Es wird eingeschätzt, dass **bis 2020** insgesamt 7 000 MW installierte Leistung aus Windkraft **realistisch sind** und damit **90 %** des Strombedarfs des Landes Brandenburg gedeckt werden können.

Angesichts dieser Angaben fragt man sich, warum im Koalitionsvertrag der **Eigenverbrauch des Landes** und der **Stromexport** nicht gesondert aufgeführt

sind. Beim Eigenverbrauch hätte man sich durchaus das Ziel der 100%igen Versorgung mit erneuerbaren Energien stellen können. Das hätte sich im Koalitionsvertrag doch gut gemacht.

Die angestrebten **20 % aus erneuerbaren Energien beziehen sich aber auf die Gesamtproduktion.** Bisher sollen **10 %** an der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erreicht worden sein. Die **installierte Leistung aus Windenergie muss also in den nächsten 10 Jahren mehr als verdoppelt werden.** Die Windradindustrie ist dazu in der Lage.

Was müsste die Landesregierung beschließen?

1. Die Landesregierung muss sich an **Großinvestitionen in Windkraft- und Fotovoltaikfelder auf landeseigenem Grund und Boden beteiligen**, damit der Anteil der erneuerbaren Energie schnell wächst. Dafür sollen laut Koalitionsvertrag der landeseigene Nutzwald und ehemalige Militärfelder genutzt werden. Das Land bringt die Grundstücke ein.
2. Die LINKE muss einen konkreten **Entwicklungsplan für die 5 Jahre Regierungszeit** ausarbeiten, in dem festgelegt wird, wie der Anteil der erneuerbaren Energie aus **Windkraft von gegenwärtig 36 % des Brandenburger Stromverbrauchs auf 100 % im Jahre 2015** erhöht wird. Das ist ein sehr anspruchsvolles Ziel, aber es würde für die LINKE ein umweltpolitisches Zeichen setzen.
3. Der Konzern Vattenfall muss überzeugt werden, dass er seinen Anteil von jetzt 15 % an seinen Investitionen für die erneuerbaren Energien auf 30 % verdoppelt und in Brandenburg anlegt. Dazu muss ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen Vattenfall und der Landesregierung abgeschlossen werden.

Diese gesetzgeberischen Aufgaben haben das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zu leisten. Beide Ministerien werden von Linkspolitikern geleitet.

Hinzu kommt, dass auch das Finanzministerium von einem LINKEN geführt wird. Das sind die denkbar besten Voraussetzungen, die linke Energiepolitik durchzusetzen.

Das Kreuz mit der Kohle. Wird rot-rote Umweltpolitik in Brandenburg ein Erfolgsmodell?

Marko Ferst

Im rot-roten Koalitionsvertrag in Brandenburg sind viele umweltpolitische Ziele festgeschrieben, die erheblich mehr ökologisches Engagement in den

nächsten Jahren erwarten lassen als bei den Vorgängern. Mit Anita Tack als Umweltministerin stehen die potentiellen Chancen für einen Politikwechsel günstig. Rot-Rot will als Vorreiter bei den erneuerbaren Energien punkten. Dies wird jedoch fatal verknüpft mit der Forderung, längerfristig an der Verstromung von Braunkohle festzuhalten. Erst wenn erneuerbare Energien den Bedarf an Energie sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen decken, will man den Ausstieg aus der Braunkohle vollziehen. Auf den Gedanken, dass Großkraftwerke die Energiewende blockieren, wenn in wenigen Jahren nicht mehr 15 sondern 30 oder 50 % des Stroms erneuerbar erzeugt werden, kommt man erst gar nicht. Dann sind flexible, kleine Anlagen erforderlich, die schnell zu- und abgeschaltet werden können. Großkraftwerke für die Grundlast mit Kohle befeuert, eignen sich dafür nicht. Sie verhindern eine zügige solare Energiewende für 100 % erneuerbaren Strom. Wer jetzt noch neue Kohlekraftwerke bauen will, hat sie 40 Jahre und länger im Budget. Wird überdies mehr für Energieeffizienz und -sparen getan, 30 oder gar 50 % des Strombedarfs in den nächsten 20 Jahren eingespart, dann stehen in der Lausitz gigantische Investitionsruinen.

Als designierter Wirtschaftsminister dürfte Ralf Christoffers für die Energiepolitik verantwortlich zeichnen. Er kritisierte 2008 das Volksbegehren zum Ausstieg aus dem Kohleabbau, das die LINKE in Brandenburg mitinitiierte, und forderte den Aufschluss weiterer Tagebaue in der Lausitz, möglichst ohne Dörfer abzubaggern. Das Begehren verlangte, bis spätestens 2040 die Braunkohle für die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien vollständig zu ersetzen. Vor diesem Hintergrund lässt sich gut verstehen, warum die Umweltverbände ein Einknicken der LINKEN bei den Koalitionsverhandlungen sehen. Fast 9 000 Protestmails erreichten die linken Verhandlungsführer über das Netzwerk Campact. Sie erinnerten die Partei an ihre Wahlversprechen und forderten, härter mit der SPD zu verhandeln. Mit Christoffers in der Verhandlungsgruppe ist es jedoch unglaublich zu behaupten, mehr hätte man der SPD nicht abringen können.

Die hessische Energiestrategie der SPD, ausgearbeitet von Hermann Scheer, zeigt, dass auch Sozialdemokraten eine zukunftsfähige Energiewende konzipieren können. Klug, wer daraus für Brandenburg lernen würde. Längst ist das Tor zur Klimahölle geöffnet und der Niedergang der Zivilisation kaum noch abzuwenden. In der Arktis finden heute Veränderungen statt, mit der die Klimaforschung erst in 30 Jahren gerechnet hatte. Politik und Gesellschaft haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit offenen Augen geschlafen.

Zur Brandenburger Wahl zelebrierte die LINKE Plakate gegen die CO₂-Verpressung. Gysis Bundestagsfraktion votiert gegen die CCS-Technologie. In einem Papier zeigt sie, der Wirkungsgrad der Kraftwerke würde extrem sinken, ein Drittel mehr Kohle verheizt werden müssen, um die gleiche Menge Energie wie vorher zu produzieren. So würden noch

mehr Dörfer in der Lausitz abgebaggert. Im rot-roten Koalitionsvertrag jedoch sieht man plötzlich in den Endlagern für die Gase eine wichtige Zukunftstechnologie, ein glatter Wahlbetrug also. Es bestehen hochgradige ökologische Risiken für Grundwasser und Natur. 10 % Kohlendioxid in der Atemluft reichen aus, um einen Menschen ins Jenseits zu befördern. CO₂ ist schwerer als Luft, beim Austritt aus undichten CO₂-Speichern kann es sich also in Senken sammeln. Wer will die tödliche Dosis verantworten, wenn Gas aus dem Endlager in den Kellern von Siedlungen auftaucht? Kraftwerke mit CCS-Abscheidung würden den Baupreis extrem erhöhen, erneuerbare Energien schlagartig ökonomisch rentabler. Noch redet die SPD über Wolkenkuckuckshäuser, denn bisher läuft kein einziges Großkraftwerk mit der Abscheidung. Ob dies in den nächsten zehn Jahren gelingen wird, steht in den Sternen.

Bis 2020 will man gegenüber 1990 40% CO₂ einsparen. Wegen der schon erreichten Reduktion in Brandenburg von rund 33 fordert sich Rot-Rot in den nächsten 10 Jahren real nur 7 % CO₂-Einsparung ab. Der im Koalitionsvertrag festgeschriebene steigende Flugverkehr ist eine besonders kontraproduktive Note beim Klimaschutz. Ein Nachtflugverbot für den Großflughafen Schönefeld, wie vom Bundesverwaltungsgericht 2006 gefordert, sucht man vergebens im Vertrag. Das die östliche Einflugschneise Vogelschutz- und FFH-Gebiete mitten durchquert, damit EU-Recht verletzt, passt zu den vandalistischen Verhältnissen im Osten.

Brandenburg gehört zu den Spitzenreitern mit gentechnischen Aussaaten. Diese Chancen wird wohl die SPD-Landwirtschaftsministerin ausbauen. Für die Risikoforschung und um gentechnikfreie Zonen auszuweisen, dürfte das Umweltressort in der Pflicht stehen. Wie sonst soll man den Wortlaut so gegensätzlicher Forderungen interpretieren?

Doch die Linke zeigte in der Vergangenheit, sie ist zu fortschrittlicher Umweltpolitik fähig. Entwickelt man Programme für Moorschutz weiter, mit denen unter linker Federführung in Mecklenburg-Vorpommern begonnen wurde und wertet Erfahrungen zum Alleenschutz aus und vieles andere, kann am Ende sogar ein umweltpolitisches Erfolgsmodell stehen. Noch ist nicht sicher, dass es neue Tagebaue und CCS geben wird. Die praktische Politik dafür liegt in linken Ministerhänden und lässt sich an den eigenen Wahlversprechen ausrichten. Andernfalls würde das ökologische Image der LINKEN einen schweren Rückschlag erleiden.

Marko Ferst ist Mitglied im Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN und veröffentlichte u. a. die Bücher „Wege zur ökologischen Zeitenwende“ mit Franz Alt und Rudolf Bahro und „Täuschungsmanöver Atomausstieg?“

Stellungnahme des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform bei der LINKEN zum Koalitionsvertrag des Landes Brandenburg zwischen SPD und LINKEN.

Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform, 04.11.2009

Der Koordinierungsrat der Plattform stellt enttäuscht und mit großem Bedauern fest, dass wichtige Wahlziele der LINKEN in Brandenburg in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD nicht konsequent durchgesetzt werden konnten.

Die klaren energiepolitischen Positionen:

- keine Vorbereitung von Kohlendioxidlagerstätten in Brandenburg,
- keine neuen Tagebaue,
- keine Abbaggerung von weiteren Dörfern,
- mittelfristiger Ausstieg aus der Kohleverstromung

haben der LINKEN zu ihrem Wahlerfolg verholfen, weil viele Menschen in Brandenburg große Hoffnungen in diese Haltung der LINKEN gesetzt haben. Sie fanden die Zustimmung und Unterstützung aller ökologisch bewussten Menschen, so auch der MitstreiterInnen der Ökologischen Plattform. Sie befanden sich darüber hinaus auch in Übereinstimmung mit den im Bundestagswahlprogramm der LINKEN beschlossenen energiepolitischen Zielen. Ein Abrücken davon muss daher von vielen als Wahlbetrug wahrgenommen werden, dessen Folgen die LINKE - nicht nur in Brandenburg - bei nächsten Wahlen zu spüren bekommen wird.

Im Unterschied zu Vorstand und Fraktion in Brandenburg sehen wir durchaus auch die Gefahr, dass auf der Grundlage dieses Koalitionsvertrages bei nicht konsequenter Politik im Sinne der mittelfristigen Ziele der LINKEN deren Aufweichung eingeleitet wird. Offensichtlich hatten bei der Verhandlungsgruppe eingegangene dringende Bitten um Nachverhandlungen keinen Erfolg.

Deshalb fordern wir, dass die LINKE in Brandenburg in ihrer Regierungsfunktion klare Zeichen in Richtung Einhaltung ihrer Wahlversprechen setzt: Genehmigungen der zuständigen Ministerien sind nur in diesem Sinne zu erteilen, so z. B., dass zukünftig Investitionen nur noch in den Ausbau der erneuerbaren Energie, aber nicht mehr in die Kohleverstromung gestattet werden. Insbesondere erwarten wir, dass alles dafür getan wird, die Erkundung von Möglichkeiten für die Speicherung von Kohlendioxid und die Erschließung entsprechender Lagerstätten zu verhindern. Die Ökologische Plattform lehnt diese Technologie wegen der tödlichen langfristigen Gefahren für die Bevölkerung durch unbeabsichtigte Freisetzungen entschieden ab.

Anmerkung d. Red.: Die Stellungnahme wurde der Außerordentlichen Tagung des 1. ordentlichen Landesparteitags am 04.11.2009 in Strausberg, der über den Koalitionsvertrag zu befinden hatte, zugeleitet.

Sarkozys Ökosteuer. Französische Pläne finden hierzulande kaum Zustimmung

Susanne Götze

Während Schwarz-Gelb üppige Steuergeschenke ausreichen will, besteuert Frankreich ab 2010 den CO₂-Ausstoß. Präsident Nicolas Sarkozy will das eingenommene Geld am Jahresende den Bürgern zurückgeben – wie seinerzeit auch die Vordenker der deutschen Ökosteuer. Das in Frankreich geplante Modell einer CO₂-Steuer stößt hierzulande kaum auf Interesse. Dabei hat dieses viel mit der deutschen Ur-Ökosteuer gemeinsam. Die wurde Mitte der 90er Jahre in Deutschland stark diskutiert – unter Rot-Grün setzten sich aber viele Ideen nicht durch, die der französische Präsident nun wahr machen will: So gab Nicolas Sarkozy sein Wort, den Bürgern am Jahresende das Geld zurückzugeben, das sie ab 2010 mehr für Heizöl, Kohle und Gas zahlen müssen. Entweder soll die Abgabe mit der Einkommenssteuer verrechnet werden oder als Gutschrift zurückfließen. Wer also weniger verbraucht, freut sich doppelt: über geringere Energiekosten und den Steuerbonus.

Ein solches Bonussystem müsste den Vordenkern der deutschen Ökosteuer bekannt vorkommen. Der Grundgedanke war, den Verbrauchern mehr Geld für umweltschädliches Verhalten abzunehmen und es ihnen dann in Form von Schecks oder Steuervergünstigungen zurückzugeben. Die Grünen forderten damals eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und einen „Sozialbonus“ für Sozialhilfe- und BAföG-Empfänger. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung dachte über eine individuelle Erstattung nach. Doch heute fließen die Einnahmen zum allergrößten Teil nur in die Rentenversicherung. Nur ein Bruchteil geht in erneuerbare Energien.

Auch die Idee, die Ökosteuer nach dem Kohlendioxidausstoß des fossilen Energieträgers zu berechnen, existierte bei den Grünen. Rainer Steenblock, damals Ökokoordinator der Grünen im Bundestag, forderte 1995, fossile Energieträger je zur Hälfte nach ihrem Energiegehalt und ihren CO₂-Emissionen zu besteuern. Ein guter Ansatz, findet auch Kai Schlegelmilch vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), das sich schon damals für die Ökosteuer einsetzte. Für ihn ist die geplante französische Abgabe mit 17 Euro pro Tonne jedoch viel zu niedrig. Experten schätzen, dass Großverbraucher erst bei über 30 Euro pro Tonne ihr Verhalten ändern.

Die Grünen schießen die Sarkozy-Initiative gleich ganz in den Wind. Die Pläne kämen zehn Jahre zu spät, meint Bärbel Höhn, Vizevorsitzende der Bundestagsfraktion. „Diese belasten allein die Verbraucher, nehmen Industrie und Stromerzeuger fast völlig aus und sind zu niedrig angesetzt, um echte Verhaltensänderungen zu bewirken.“

Bei Ökosteuer-Gegnern kommt das französische Modell sowieso nicht gut an. Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Horst Meierhofer, hält nichts von staatlich vorgegebenen Preisen. Er würde lieber den Emissionshandel auch auf Verkehr und den Wärmesektor ausweiten – denn nur der Markt spiegelt die wirklichen Preise wieder. Zudem dürfe kurz vor den internationalen Klimaverhandlungen nicht jeder Staat anfangen, sein eigenes Süppchen zu kochen. Ähnlich sieht das die CDU. Für deren umweltpolitischen Koordinator Joachim Pfeiffer hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren etwa mit der Reform der Kfz-Steuer genug getan, um die Klimaziele zu erreichen. Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise werde es mit der Union nicht geben.

Die LINKE hingegen findet es „begrüßenswert“, dass die französische Regierung eine Reihe von sozialen Ausgleichsmechanismen im Auge hat. „Sollten sie kommen, wäre dies ein Fortschritt im Vergleich zum deutschen Modell, das eine extreme soziale Schiefelage hat“, so Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion.

Für das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft lebt die Idee weiter – trotz der aktuell schlechten Umsetzungschancen: „Das französische Modell könnte auch für Deutschland ein Vorbild für die Ticketbesteuerung beim Flugverkehr oder der Dienstwagenabgabe sein“, meint Experte Schlegelmilch. Dass sich die Ökosteuer korrigieren ließe, glaubt er aber nicht – schließlich hätte die Politik dann ein Rentenfinanzierungsproblem.

Deutsches Modell: Ziel des Konzeptes Ökosteuer ist es, durch Besteuerung des knappen Gutes Energie einen Anreiz für sparsameren Einsatz zu setzen. In Deutschland wird sie seit 1999 erhoben. Rot-Grün führte eine Stromsteuer (aktuell: rund 2 Cent je Kilowattstunde) ein und erhöhte die Mineralölsteuer leicht. Der allergrößte Teil der Einnahmen wird dafür verwendet, die Finanzen der Rentenversicherung zu stabilisieren, um höhere Beitragssätze zu vermeiden.

Quelle: Neues Deutschland, 20.10.2009

Mobilfunk an Schulen. Kooperation von Staat und Industrie auf Kosten der Kinder

Siegfried Schwarzmüller

Für dieses Thema ist es seit langem schon Zeit, dass es in politischen Gremien der Länder und Kreise intensiver behandelt wird. Hier angeführte Beispiele aus Hessen stehen dabei für viele andere Aktivitäten, wie sie derzeit verstärkt von der Mobilfunklobby in Zusammenarbeit mit Landesregierungen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen durchgeführt werden.

Als Lehrer und Baubiologe (IBN) geht es mir dabei um die Strahlenbelastung von Kindern und Jugendlichen durch die zunehmende Verwendung der gepulsten WLAN-Funktechnik bei der Laptopanwendung im Unterricht und um die forcierte Werbung für den Gebrauch von Handys durch die Mobilfunkindustrie in Unterrichtprojekten an den Schulen und in Veranstaltungen zur Lehrer(-innen)-Fortbildung.

Über WLAN arbeiten in Hessen bereits Kinder in der Grundschule mit den strahlenden Laptops und Access-Points in der Klasse. Aus Kasuistiken der Ärzteinitiative Bamberger Appell und aus anderen Studien ist ersichtlich, dass solch hochfrequente Strahlungen gerade bei Kindern vermehrt zu Störungen, Auffälligkeiten und Schulschwierigkeiten führen. Vieles was heute im Schulalltag oft beklagt wird und worunter viele Kinder zunehmend leiden (z. B. Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Infektanfälligkeiten usw.) liegt darin mit begründet. Solche Reaktionen sind nachweislich Folgen bei Stressbelastung durch elektromagnetische Felder.

Zur Minimierung der Strahlenbelastung ließen sich an den Schulen die Inhalte zur Medienkompetenz vollständig auch über strahlungsfreie, kabelgebundene Lösungen realisieren. Interventionen von Eltern und Fachleuten, dies entsprechend zu ändern, blieben jedoch bislang erfolglos. Auch aus marktpolitischen Gründen wird hier die Mobilfunkverwendung weiter betrieben. Mit dem Argument, dass die Grenzwerte ja eingehalten sind, wird dabei von Schulträgern weiter die Gesundheit der Kinder aufs Spiel gesetzt. Schulämter nehmen dies widerspruchslos zu Kenntnis und ergreifen keine Initiative, obwohl das Lernumfeld mit der Belastung der Schüler/-innen ja auch von pädagogischer Relevanz ist. Lediglich die Stadt Frankfurt a. M. hat wegen der Gefahren, die mit der Mobilfunkstrahlung verbunden sind, auf die Anwendung der WLAN-Technik in ihren Schulen verzichtet und dort bei der Arbeit mit den Medien die kabelgebundene Lösung durchgesetzt.

In den anderen Kreisverwaltungen sollte man aber auch inzwischen wissen, dass die Grenzwerte von 1996 für Erwachsene und nicht für Kinder konzipiert sind und durch sie auch die athermischen Wirkungen von Strahlungen nicht erfasst werden. Deren schäd-

liche Einflüsse auf das biologische System des Menschen wurden inzwischen wissenschaftlich bereits vielfach nachgewiesen. Dies wird jedoch von den für die Schule politisch Verantwortlichen permanent weiter ignoriert und sogar geleugnet.

Vielfach sind in den Kreisen unter verschiedenen, neutral scheinenden Bezeichnungen wie z. B. „Bildungs-“ oder „Informationsgesellschaft e. V.“ vom Schulträger als sogenannte „Medienbeauftragte“ benannte Industrievertreter aktiv. Sie vertreiben und installieren an den Schulen Notebooks mit WLAN-Ausstattung und bescheinigen dabei als „Amtspersonen“ den besorgten Lehrern und Eltern mit entsprechend verharmlosenden Broschüren und in Vorträgen die angebliche Unbedenklichkeit dieser Technik. Die Gegenmeinung dazu wird dabei nicht behandelt bzw. als nicht begründet abgetan.

Durch die Einrichtung der hessischen Landesregierung „Initiative schule@zukunft“, einer Kooperation zwischen dem Kultusministerium und der Mobilfunkindustrie, wird diese Entwicklung tatkräftig unterstützt. So wird z. B. in Publikationen und Pressemitteilungen der Kreis Bergstraße mit seiner Laptopausstattung in allen Schulen und mit der dort (fast) vollständig umgesetzten WLAN-Verbindung zum Internet als Vorzeigeobjekt für den Medieneinsatz an Schulen im Land genannt. Einzelne Schulen werden dabei in der örtlichen Presse noch besonders hervorgehoben. Damit sollen die Aktivitäten für die kabelfreie Laptopnutzung an Schulen weiter forciert werden. Die Einrichtung von sogenannten WLAN-Hotspots in Bibliotheken, Universitäten und Jugendzentren wird dabei ebenfalls gefördert. Bei solchen Initiativen geraten Bedenken dagegen leicht in den Ruf der „Nestbeschmutzung“. Bei solch einer Einschätzung braucht man sich dann mit den sachlichen Inhalten nicht mehr weiter auseinanderzusetzen.

Zu dieser Entwicklung gibt es jedoch aus pädagogischer und gesundheitlicher Sicht erhebliche Einwände, denen jetzt durch politische und gewerkschaftliche Initiativen unbedingt Rechnung getragen werden muss um, weitere negative Folgen zu verhindern. Besorgte Eltern und Lehrer/-innen dürfen hier nicht länger allein gelassen werden!

Die Arbeit von Kindern an Laptops selbst ist dabei schon in Frage zu stellen. Aus ergonomischen Gründen sind Notebooks in der Bildschirmarbeitsverordnung für Dauerarbeitsplätze verboten, da sie Haltungs- und Sehschäden zur Folge haben können. Was hier für Erwachsene als bedenklich genannt wird, sollte erst recht für Kinder gelten, die sich noch in der Entwicklung befinden, da solche Fehler bei den Körperfunktionen für sie lebenslange Folgen haben können.

Auch werden bei den Laptops über dem Tastenfeld durch die darunter liegenden Trafos und Prozessoren magnetische Felder erzeugt, die über der schwedischen TCO-Norm für Bildschirmarbeitsplätze liegen. Das kann gerade für Schülerinnen und Schüler, deren körpereigenes Abwehrsystem noch nicht vollständig ausgebildet ist, schädlich sein. Auch die

WHO warnt hier vor Werten, die über 400 nTesla liegen, und sieht diese u. a. als Leukämierisiko.

Höchst bedenklich ist auch die von den Access-Points und den Laptops ausgehende hochfrequente elektromagnetische Strahlung bei dem Einsatz von WLAN. Bei einer Leistungsflussdichte von 1 mW/m² wurden hier bei Erwachsenen Hirnstromveränderungen festgestellt (v. Klitzing u. a.). Diese Marke wird daher auch vom BUND, der Bundesärztekammer und anderen Organisationen als Richtwert genannt, der gerade bei den noch heranwachsenden Kindern und Jugendlichen nicht überschritten werden sollte. Ich habe bei der Arbeit mit Laptops bei WLAN-Anwendung im Kopfbereich von Schülern/-innen jedoch mehrfach bis zu 10 mW/m² gemessen. Auch durch die Zeitschrift Ökotest (11/2002, 10/2003) wurden an Notebook-Arbeitsplätzen solche und noch höhere Werte gemessen.

Hinzu kommt, dass diese Strahlung noch niederfrequent mit 10 Hz gepulst ist, was zusätzlich direkten Einfluss auf die mit gleicher Frequenz arbeitenden Hirnströme nimmt. Die Stresssituationen, denen die Kinder dabei ausgesetzt sind, können sich dann bei ihnen in akuten Störungen zeigen.

Nach einer Anhörung von Experten im Bayerischen Landtag gab dieser mit der Unterstützung aus allen Fraktionen an die Kreise die dringliche Empfehlung, in den Schulen auf die Anwendung von WLAN zu verzichten.

Auch ist der Gebrauch von Handys an bayrischen Schulen verboten!

Nach einer Anfrage der Grünen im Bundestag empfahl die Bundesregierung in ihrer Antwort „die persönliche Strahlenexposition durch hochfrequente elektromagnetische Felder so gering wie möglich zu halten, d. h. herkömmliche Kabelverbindungen zu bevorzugen, wenn auf den Einsatz von funkgestützten Lösungen verzichtet werden kann“ (Bundestagsdrucksache 16/6117 vom 23.7.2007).

Auch die Europäische Umweltagentur (EEA) warnt vor den Gefahren hochfrequenter Strahlung wie bei WLAN.

In Frankfurt a. M. hat das Schuldezernat aufgrund solcher Informationen zur Gesundheitsgefährdung beschlossen, dass die Schulen dort nur über Kabelverbindungen im Internet arbeiten. Sonst geschieht in den Kreisen jedoch meist genau das Gegenteil.

Angesichts solch offizieller Vorgaben halte ich es für dringend erforderlich, dass endlich in den Länder- und Kreisparlamenten dieses Thema aufgegriffen wird, um die Empfehlungen des Bundes zur Minimierung der Strahlenbelastung an allen Schulen umzusetzen. Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sollte dabei im Vordergrund stehen und nicht Vermarktungs- und Profilierungsinteressen.

Ich hoffe, dass dazu in den Ländern die Parteien endlich initiativ werden.

Für Die Linke wäre dies dann eine Umsetzung der Aktion ihrer Bundestagsfraktion (Antrag vom 4.6.2008, Drucksache 16/9485) zur Minimierung der Mobilfunkstrahlung und der Stärkung der Gesund-

heitsvorsorge insbesondere von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene.

In diesem Zusammenhang scheint es mir auch dringend erforderlich zu sein, gegen die derzeitigen verstärkten Aktionen der Handy-Lobby im Unterricht an hessischen Schulen vorzugehen. Mit einseitigen Informationen wird hier vom IZMF (Informationszentrum Mobilfunk e. V.) für den Gebrauch von Handys bei Kindern und Jugendlichen geworben. Lehrer werden dazu im Sinne der Mobilfunkindustrie fortgebildet, mobilfunkfreundliches Unterrichtsmaterial wird bereitgestellt und die vielfältigen Möglichkeiten von Handys werden in Unterrichts-Veranstaltungen demonstriert und eingeübt. Zum Beispiel wie man „tolle Bilder“ mit dem Handy macht und diese dann im Unterricht verwendet. Beim Thema „Risiken“ werden in diesen Veranstaltungen der Handy-Industrie nur die Downloads und die Handy-Verträge besprochen. Eine Gefahr durch Mobilfunkstrahlung wird in den „Informationsmedien“ und den Veranstaltungen weiter geleugnet. Aus meiner Sicht ist es ein Verbrechen an den Kindern und Jugendlichen, dass hier in Hessen an den Schulen durch die Mobilfunkindustrie Positionen vertreten werden können, die selbst den Aussagen der Bundesregierung und des BfS zu Minderung der Strahlenbelastung widersprechen! Es wird Zeit, dass nun Parteien im hessischen Landtag und vor Ort dazu endlich aktiv werden, um diesen Wahnsinn zu stoppen und das Thema Mobilfunk nicht länger nur ihren Bundestagsfraktionen oder ihren Europaabgeordneten zu bislang folgenlosen Stellungnahmen überlassen.

Brandenburger Umwelt- und Naturschutzverbände fordern Erhalt von „Ozon“

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Landesverband Brandenburg, ARGUS Potsdam, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Brandenburg, Grüne Liga Brandenburg, NaturFreunde Brandenburg Landesverband Brandenburg, Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Brandenburg, Naturschutzjugend (NAJU) Landesverband Brandenburg, Verkehrsclub Deutschland Landesverband Brandenburg

Das Wissenschafts- und Umweltmagazin ist durch Programmpläne des RBB gefährdet. Brandenburger Umweltverbände fordern eine Fortführung der aktuellen Berichterstattung über Umwelt- und Naturschutzthemen in der Region Berlin-Brandenburg durch das Wissenschafts- und Umweltmagazin „Ozon“ im bisherigen Sendeformat.

Nach den am 6.11.2009 vom RBB veröffentlichten Informationen soll das Umweltmagazin „Ozon“ in

dem bisherigen Format eingestellt werden und an seine Stelle eine halbstündige Reportage- und Featurereihe mit dem gleichen Titel treten.

Diese vorgesehenen Änderungen werden von Brandenburger Umwelt- und Naturschutzverbänden entschieden abgelehnt. Mit dem neuen Format wird die aktuelle Berichterstattung über Umwelt- und Naturschutzthemen aus der Region geschwächt. Dies ist in einer Zeit, in der Klimawandel und Erderwärmung auf hohe politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit stoßen, ein fataler Schritt in die falsche Richtung.

Mehr als taktlos ist darüber hinaus der Zeitpunkt der Verkündung der Pläne. Die Sendung Ozon ist eine Errungenschaft der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 und war damals ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung der Medien. Gast der ersten Sendung von „Ozon“ am 21. November 1989 war der heutige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck. In den 20 Jahren seines Bestehens hat das Umweltmagazin die Entwicklung des Natur- und Umweltschutzes und der Wissenschaft in Berlin und Brandenburg kritisch begleitet. Die Mitarbeiter der Redaktion haben erfolgreich eine von vielen geschätzte Aufklärungsarbeit geleistet, die zur Erfüllung des Informations- und Bildungsauftrages eines öffentlich-rechtlichen Senders wie des RBB nachhaltig beigetragen hat. Brandenburger Umwelt- und Naturschutzverbände fordern deshalb den Erhalt des bisherigen Sendeformates.

KLIMA UND ENERGIE

Marsch ins Treibhaus

Elmar Altvater

Auf dem Klima-Gipfel in -Kopenhagen geht es nicht nur um die Reduktion der Treibhausgase. Dort werden auch die Weichen zwischen Frieden und Krieg für die Welt gestellt. Die bevorstehende Klimakonferenz von Kopenhagen wird ein Jahrhundertereignis mit einem planetarischen Thema: Der Klimawandel muss gestoppt werden, oder das Überleben vieler Menschen ist in Gefahr. Leider ist mit kleinkariertem Zank zu rechnen – zwischen Ländern, die von Taifunen verwüstet wurden und daher auf einen radikal verminderten Ausstoß von Treibhausgasen drängen, den Ölstaaten, die auch weiter ungehindert ihr „schwarzes Gold“ verkaufen wollen, den Industrieländern, denen eine verbindliche Absenkung der Klimagase nicht ins Geschäft passt und Regierungen, die den Energiehunger ihrer Industrien auch künftig mit Kohle stillen wollen. Der Klimawandel kostet immerhin an die 20 Prozent des globalen

Bruttosozialprodukts. Er verlangt hohe Menschenopfer, wie gerade erst die philippinische Delegation auf dem Vorbereitungstreffen des Klimagipfels in Bangkok angesichts schwerer Tropenstürme beklagt hat. Ausgerechnet das US-Verteidigungsministerium hat die Folgen des Klimawandels für Europa bereits kalkuliert. Das Szenario ging davon aus, dass die Eiskappen an den Polen schmelzen und Süßwasser ins Nordmeer fließt, dessen Salzgehalt sich verringert. Durch den veränderten Auftrieb am Nordpol wird der horizontale Golfstrom aus dem subtropischen Atlantik umgelenkt und damit die „Heizung“ der nordatlantischen Regionen abgestellt. In Mitteleuropa, in Skandinavien, auf den britischen Inseln, aber auch in Kanada und an der nördlichen Ostküste der USA fallen die Temperaturen. Das klimatische Paradox: Weil sich die Erde erwärmt, kann es in der nordatlantischen Region beträchtlich kälter werden.

Ein Flüchtlingsstrom aus den Kältezonen des Treibhauses Erde flutet – so das Szenario weiter – in die USA, und das Homeland muss nun, wie es das Heimatschutzgesetz verlangt, verteidigt werden, auch militärisch. Diese Annahme spiegelt nicht nur Zukunftsvisionen für Nordamerika, sondern die Wirklichkeit an den europäischen Südgrenzen wider. Das EU-Grenzschutzkommando Frontex schickt bereits jetzt im Mittelmeer aufgebrachte Migranten zurück in ihre Herkunftsgebiete, die sie auch wegen des Klimawandels und der damit einhergehenden verschlechterten wirtschaftlichen Lage verlassen haben. Oder sie internieren die Betroffenen in Wüsten-camps, sofern die Flüchtlinge nicht zuvor im Mittelmeer ertrunken sind. Wenn Klimapolitik zur Militärmission wird, bleiben alle menschlichen Sicherheiten auf der Strecke.

Die Abkühlung der heißen Luft im Treibhaus Erde ist daher ein „Muss“, denn diese Luft ist bleihaltig. Deshalb sprechen auch friedenspolitische Argumente dafür, die Emissionen radikal zu reduzieren. Nur birgt auch eine alternative Energie- und Klimapolitiken harte Konflikte. Das lassen die Vorschläge der Internationalen Energieagentur (IEA) vermuten. Nach ihren Prognosen werden bis 2050 etwa vier Fünftel des Energieangebots aus fossilen Quellen stammen. Doch woher nehmen? Viele alte Ölfelder sind erschöpft, neue kaum gefunden. Und wenn doch, dann handelt es sich meist um schwer erschließbare Vorkommen wie jenes vor der brasilianischen Atlantikküste in 4 000 Metern Tiefe. Dieses Öl zu fördern, ist nur dann ökonomisch rational, wenn der Ölpreis sehr hoch ist. Wenn das Angebot dieses wichtigsten Energieträgers also nicht wesentlich angehoben werden kann, aber die Nachfrage wächst und der Preis steigt, nehmen zugleich die Verteilungskonflikte um den knapper werdenden Stoff zu. Der neokonservative Falke und ehemalige Vizeverteidigungsminister Wolfowitz hat einst eingeräumt, dass die USA nur wegen des Öls in den Irak einmarschiert sind. Sie haben dort in jeder Hinsicht ein Desaster verursacht. Manchmal treten Ursache und Wirkung ziemlich offen zutage. Noch komplizierter ist das geopolitische Geflecht aus Tanker-Routen, Pipe-

lines, Förderländern, transnationalen Konzernen und Verbraucherstaaten, die alle für sich reklamieren, ihre Interessen verteidigen zu müssen. Nur ein kollektives Sicherheitsverständnis kennen sie nicht.

Bieten wenigstens die erneuerbaren Energieträger friedliche Perspektiven? Die Hungerrevolten und Brotunruhen der vergangenen Monate stimmen skeptisch. Wenn den Menschen Ackerland für Nahrungsmittel genommen wird, um Biodiesel herzustellen, sind harte Konflikte programmiert: Nahrungsmittel für den Bauch oder Sprit für den Tank, das ist hier die Frage. Auch wenn in der Sahara Solarstrom für Europa erzeugt werden soll, ist der Frieden gefährdet. Energie-Imperialismus provoziert Widerstand, der dann – aktuelle Sicherheitsdiskurse legen dies nahe – als „terroristisch“ bekämpft wird.

Die Verwandlung von Energie- und Klimapolitik in Sicherheitspolitik scheint unaufhaltsam. Auch wenn in Kopenhagen den erneuerbaren Energieträgern ein größeres Gewicht gegeben wird und vereinbart werden sollte, die CO₂-Emissionen zu verringern – der Marsch ins Treibhaus wird fortgesetzt, solange der Umbau des Produktions- und Konsummodells nicht beginnt. Das ist in der Tat eine Jahrhundertaufgabe. Vielleicht sieht man in Kopenhagen den Schimmer eines alternativen Energiemodells. Wenn nicht, wird jemand irgendwann einmal das Licht ausmachen. Und zwar für immer.

Quelle: Freitag, 08.10.2009

Zuletzt erschien von Elmar Altvater der Band „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik“.

Atomenergie ist Kriegsenergie. Ein Plädoyer für die Energiewende als Investition in ein friedliches 21. Jahrhundert

Hans-Kurt Hill

Die deutsche Energieaußenpolitik hat sich seit der Jahrtausendwende weiter militarisiert. Bemerkenswert daran: Die zunehmend aggressive Tonlage, um den Zugang und die Durchleitung von fossilen Brennstoffen einschließlich Uran zu sichern, fällt größtenteils in die rot-grüne Regierungszeit. Verteidigungsminister Jung (CDU) konnte nahtlos an die Schröder-Fischer-Regierung anknüpfen. Unter den Vorzeichen „Terrorbekämpfung“ und „humanitäre Hilfe“ scheute auch Außenminister Steinmeier (SPD) vor der Beteiligung an Kriegen nicht zurück, um an Kohle, Öl, Gas und Uran zu gelangen.

Hinzu kommt, dass die ungebremste weltweite Verbrennung fossiler Energieträger Hauptursache des Klimawandels ist. Die Folgen der globalen Erwärmung sind schon heute Trinkwassermangel und Ernteausfälle vor allem in den ärmsten Ländern. Für

Millionen von Menschen bedeutet das Hunger, Elend und Heimatlosigkeit. Viele Regionen der Welt treiben von Krise zu Krise. Konflikte verschärfen sich, der Kampf um Wasser und Ressourcen gehört vielerorts zum Alltag. China, die USA und Russland erhalten Öl- und Gaszusagen gegen Waffenlieferungen an Länder, die sie der Zugehörigkeit der „Achse des Bösen“ verdächtigen. So entsteht ein Pulverfass nach dem anderen.

Die weltweite Militarisierung der Energieaußenpolitik ist unübersehbar, und Deutschland und die Europäische Union beteiligen sich daran. Als Mitgliedstaat akzeptiert Deutschland das neue strategische Konzept der NATO, das die Verfolgung ökonomischer Interessen klar zu einer militärischen Aufgabe erklärt. Auf knappe Ressourcen und Klimafolgen reagiert die NATO nicht etwa mit Abrüstung oder Strategien zur Deeskalation, sondern mit Atombomben; ich zitiere: „Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen.“

Auf der Strecke bleiben Grundideen des europäischen Gedankens: Frieden, Menschenrechte und eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Energie. DIE LINKE fordert deshalb eine radikale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und einer klügeren Energienutzung. Die Umstellung auf eine nachhaltige Energieversorgung ist eine Überlebensfrage. Sie ist eine zentrale Investition in ein friedliches 21. Jahrhundert. Wer heute auf erneuerbare Energien setzt und dieses Wissen mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Kriegen um Öl und Gas beteiligen. Machen wir uns endlich unabhängig von Öl, Gas und Uran!

Für DIE LINKE ist klar: Eine dezentrale Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist bis 2040 machbar. Nur so bremsen wir den Klimawandel, und nur so schaffen wir eine friedliche Energieaußenpolitik. Wer weiter auf Atomstrom setzt, betreibt nicht nur eine riskante Technologie, sondern stiftet auch instabile Staaten zum Missbrauch der Kernenergie an. Die angeblich friedliche Nutzung der Atomkraft ist und bleibt die Einstiegsdroge zum Bau der Atombombe. Wer Atomkraftwerke länger laufen lassen will und den Ausbau erneuerbarer Energien damit gezielt bremst, erweist der Friedenspolitik einen Bärendienst und lässt die Kassen der Energiekonzerne richtig klingeln. Oder anders gesagt: Atomenergie ist Kriegsenergie.

Auch das absurde Herumzocken mit neuen Gaspipelines für Westeuropa schürt mehr Konflikte, statt den Dialog zu fördern. Den Preis für den kostspieligen Unsinn eines Wettrennens der Gasröhren, prominent ausgetragen zwischen SPD-Altkanzler Schröder in Sachen Nord Stream und dem Altgrünen Fischer in Sachen Nabucco, zahlen ausschließlich die Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn das privatwirtschaftliche Gaskartell baut nur zu gern, was die Politik wünscht. Nabucco, das Prestigeobjekt der EU, soll neun Milliarden Euro kosten, obwohl die Lieferung keines einzigen Kubikmeters Erdgas aus den Förderregionen gesichert ist. Russland sieht diesem Treiben nicht tatenlos zu. Der russisch-europäische

Energiedialog liegt als Konsequenz mehr oder weniger auf Eis, während Gazprom eigene Pipelines baut.

Europa wäre gut beraten, die Gelder statt in Röhren in die Modernisierung des innereuropäischen Gasnetzes, in Maßnahmen zur Energieeffizienz und in den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien zu stecken. Denn die letzte Versorgungskrise wäre mit einem stabilen und kooperativen Gasnetz innerhalb der EU-27 kaum zu spüren gewesen. Doch EU-Kommissions-Präsident José Barroso will prestigeträchtig Erdgas aus Krisenregionen beziehen. Mit Stabilität hat das wenig zu tun. Am Ende wird es ohnehin von Russland kontrolliertes Gas sein, das, durch welche Röhre auch immer, nach Deutschland kommt.

Entscheidend ist deshalb, die Abhängigkeit vom Gas zu senken. Das geht nur, wenn wir den wertvollen Rohstoff nicht einfach in Gebäuden verheizen. Statt Einzelheizungen brauchen wir hierzulande durchgängig Fernwärmenetze und Kraft-Wärme-Kopplung, also die gleichzeitige Strom- und Wärmeerzeugung in dezentralen Gaskraftwerken zur Unterstützung einer schnell wachsenden Versorgung mit erneuerbaren Energien. Das ist ohne Weiteres möglich. Die vorhandenen Gesetze und Fördermaßnahmen reichen aus, um den Gasverbrauch im Gebäudebereich zu halbieren, wenn die Bundesregierung sie nur umsetzen würde. Mit den so eingesparten Mengen könnte der erdgasbefeuerte Kraftwerkspark verdoppelt werden. Und: Durch das steigende Wärmeangebot hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen würde der Gasverbrauch sogar sinken. Deshalb ist kluge Energienutzung auch Friedenspolitik. Das muss der Maßstab einer vorausschauenden und nachhaltigen Energiepolitik sein.

Wichtig ist: Wir müssen unser energietechnologisches Wissen mit den Ländern des Südens, zum Beispiel den Ländern Afrikas, vorbehaltlos teilen. Ob das derzeit viel diskutierte Projekt Desertec dafür der richtige Weg ist, bleibt jedoch fraglich. Auch deutsche Unternehmen beteiligen sich an dem Vorhaben, aus großen Solarkraftwerken in Nordafrika Strom für Europa zu erzeugen. Die Idee ist nicht unrealistisch. Technisch kann das Vorhaben verwirklicht werden. Sowohl die großen Sonnenspiegel, die über heißen Dampf elektrische Energie erzeugen, als auch die Übertragung der großen Strommengen nach Norden mittels Hochspannungsgleichstrom-Übertragung (HGÜ) sind erprobte Verfahren. Tatsächlich könnte Desertec 10 bis 20 Prozent des in Europa benötigten Stroms liefern und gleichzeitig viele Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas bei der Verbesserung der Elektrifizierung unterstützen. Doch die sonnenreichen Länder fallen dabei in eine Zuschauerrolle zurück und stellen lediglich Platz für die Technologie der Industrieländer zur Verfügung. Wie beim Öl muss die Frage gestellt werden, ob der Wüstenstrom mehr Demokratie und Teilhabe bringt. Die Voraussetzungen sind eher schlecht.

Denn derzeit entsteht der Eindruck, dass aus einer guten Idee ein Wüstenstrom-Kartell wird. Für Deser-

tec haben sich unter anderem die deutschen Großunternehmen Siemens, RWE, EON und die Münchener Rück zusammengeschlossen. Diese schotten sich zunehmend nach außen ab und wehren weitere Investoren und demokratische Gestaltung ab. So wurde der Hypovereinsbank beim Einstiegsversuch die Tür vor der Nase zugeschlagen, obwohl sie sich mit nachhaltigen Geldanlagen einen Namen gemacht hat. Auch Forderungen nach einer demokratischen Teilhabe der Bevölkerung in den Desertec-Ländern an Energie und Erträgen bleiben unbeantwortet. Damit wirft das Konsortium von privaten Konzernen einen Schatten auf das Vorhaben.

Nur wenn wir die Rahmenbedingungen in der Energiepolitik ändern, ändert sich auch die Außenpolitik. Erneuerbare Energien müssen Bestandteil einer Friedens- und Entwicklungspolitik sein. Auf den Punkt gebracht: Wer weiter auf Großkonzerne setzt und weiter fossile und atomare Großprojekte finanziert, schadet dem Klima und befördert Konflikte in vielen Regionen der Welt. Dezentrale Investitionen in Sonne, in Wind und in Biomasse sichern Klimaschutz und vor allen Dingen das friedliche Zusammenleben der Völker. Deshalb: Seien wir radikal für den Frieden!

Quelle: Disput 10/2009

Hans-Kurt Hill war in der vorigen Legislaturperiode der Energiepolitische Sprecher in der Bundestagsfraktion.

Klimaschutzabkommen ja – atomarer Energiemix, nein danke!

Pressemitteilung DER LINKEN im Europaparlament, Strasbourg, 26.11.2009

Zur Entschließung des Europäischen Parlaments zur Strategie der EU für die Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen (COP 15) erklärt die Europaabgeordnete Sabine Wils im Namen der Delegation DIE LINKE im Europaparlament:

Das Europäische Parlament hat sich nach einer intensiven Debatte mit großer Mehrheit für ein rechtlich verbindliches Abkommen in Kopenhagen ausgesprochen.

Mit diesem internationalen Abkommen soll dafür gesorgt werden, dass die Klimagase in den Industriestaaten bis 2020 bis zu 40 % und bis 2050 um 80 bis 95 % reduziert werden, bezogen auf den Stand von 1990.

Das Parlament bestätigte, dass die EU bis 2020 den Entwicklungsländern jährlich 30 Mrd. Euro für die erforderliche Anpassung an den Klimawandel zahlen soll, zusätzlich zu den bisherigen Hilfsgeldern.

Leider folgte das Europäische Parlament auch mehrheitlich einem Änderungsantrag der konservativen

tarantel Nr. 47

ven EVP-Fraktion, der unter anderen von dem früheren Vorsitzenden des Umweltausschusses und Christdemokraten Karl-Heinz Florenz eingebracht wurde. Mit der Übernahme dieser Änderung hat sich das Europäische Parlament dafür ausgesprochen, „dass für einen internationalen Umstieg auf ein Wirtschaftssystem mit geringen CO₂-Emissionen die Kernenergie mittelfristig großen Anteil am Energiemix haben muss“.

Aus diesem Grund und vor dem Hintergrund der von der CDU/FDP-Bundesregierung geplanten Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland, haben sich die Europaabgeordneten der LINKEN dafür entschieden, der Entschließung nicht zuzustimmen oder sich zu enthalten.

Quelle: Disput 10/2009

Information: www.dielinke-europa.eu

Desertec - kein Projekt, um Energie-Autarkie zu erlangen. „Wüstenstrom“ sorgt für fortgesetzte Energieabhängigkeit. Großindustrie und Greenpeace ziehen an einem Strang

Redaktion Schattenblick, 14.07.2009

Die Wüste ist leer, die Wüste ist groß, ihre Bewohner sind rückständig, und sie wollen in den Genuss unseres Lebensstandards kommen - warum also nicht solarthermische Kraftwerke in Nordafrika und im Nahen Osten bauen und dort die hohe Sonneneinstrahlung ausnutzen, um so viel Strom zu produzieren, dass ein Teil davon nach Europa fließen kann? Das sagen sich die Initiatoren eines Konzepts namens Desertec, für das derzeit der Club of Rome, die Umweltorganisation Greenpeace, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und rund ein Dutzend Unternehmen aus Deutschland und anderen europäischen Staaten die Werbetrommel rühren.

Kratzt man ein wenig am Etikett, zeigt sich: Die Wüste ist nicht unbesiedelt, sie ist nicht ungenutzt, und im übrigen sollen die Desertec-Kraftwerke gar nicht inmitten der Wüste, sondern an küstennahen Standorten, möglichst in Wassernähe, errichtet werden. Der elektrische Strom aus solarthermischen Kraftwerken würde zwar dezentral produziert - was vor allem auf den geringen Wirkungsgrad solcher Anlagen zurückgeht, der die Betreiber dazu zwingt, in die Fläche zu gehen und die Standorte zu verteilen -, aber er soll über einige wenige Hochspannungsgleichstromübertragungsleitungen (HGÜ) nach Europa transportiert werden. In der Gesamtbetrachtung handelt es sich bei Desertec eindeutig um ein zentralistisches Energiegewinnungskonzept und nicht um eines, das darauf angelegt wäre, den einzelnen Haushalten, Regionen oder Staaten vollständige Energieautarkie zu sichern.

An dem Projekt, das am Montag (13.07.2009 – d. Red.) zur Gründung der Desertec Industrial Initiative Planungsgesellschaft (DII) geführt hat, sind unter anderem milliardenschwere Konzerne und Banken beteiligt. Es gehören dazu: ABB (Schweiz), Abengoa Solar (Spanien), Cevital (Algerien), Deutsche Bank AG, E.ON AG, HSH Nordbank, MAN Solar Millennium, Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, M+W Zander, RWE AG, Schott Solar AG und Siemens AG.

Besteht das betriebswirtschaftliche Ziel dieser Unternehmen und Banken darin, sich selbst über kurz oder lang das Wasser abzugraben und ihre Tore zu schließen? Gewiss nicht. Daraus kann umgekehrt jedoch abgeleitet werden, dass sie keiner Energiegewinnungsform das Wort reden würden, aus dem sich nicht für sie potentiell ein Mehrwert heraus schlagen ließe. Der Bedarf (in diesem Fall von Energie) darf nie vollständig gestillt werden.

Mangel ist die Voraussetzung des Wirtschaftens, und folgerichtig zielt Wirtschaften darauf ab, Mangel zu erzeugen. Hier treten die Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens offen zutage. Das verdeutlicht ein Gedankenspiel: Angenommen, es gelänge, ein Perpetuum mobile zu konstruieren, das nicht nur seine Bewegung ohne Energiezufuhr aufrechterhalte, sondern auch noch Energie lieferte. Darüber hinaus wäre diese Energie für jedermann ohne Voraussetzungen jederzeit und an jedem Ort vollkommen frei verfügbar. Was würden die Energiekonzerne, was würde der Staat machen?

Beide würden versuchen, die Verfügbarkeit der Energie wieder einzuschränken - die Unternehmen, weil sie profitorientiert arbeiten und ihren Betrieb schließen könnten, wenn es keinen Bedarf für ihre Tätigkeit, wenn es also keinen Mangel gibt; der Staat, weil es für ihn existenzgefährdend ist, sollten die Menschen keinen Bedarf mehr an Staat haben. Denn wo kein Mangel herrscht, wird logischerweise auch keine Verwaltung und Regulation des Mangels benötigt. Das bedeutet jedoch, dass Staat und Wirtschaft an der Aufrechterhaltung einer Mangelsituation und damit der Not interessiert sind. Diese grundsätzlichen Erwägungen beschränken sich selbstredend nicht auf die Energiewirtschaft allein, sondern beziehen sich auf sämtliche Wirtschaftsbereiche.

Warum große deutsche Konzerne und die Bundesregierung auf den Desertec-Zug, der nicht irgendwann zur Energieautarkie führt, sondern in die fortgesetzte Energieversorgungsabhängigkeit, leuchtet somit ein. Ebenfalls nachvollziehbar ist die Frage, warum der Club of Rome das Desertec-Projekt angestoßen hat, schließlich sind dessen Mitglieder handverlesen und stammen aus den einflussreichsten gesellschaftlichen Kreisen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Typischerweise erheben die im Namen dieser elitären Organisation verbreiteten Studien häufig einen globalen Geltungsanspruch. In ihnen wird gern von „der Menschheit“ gesprochen, als wenn die Anlagenprobleme der wenigen Milliarden mit der existenziellen Not der Mehrheit der Menschen gleichgesetzt werden könnten.

Warum sich aber eine sogenannte Nichtregierungsorganisation wie Greenpeace bei der Großindustrie, der Deutschen Bank und dem Versicherungsriesen Münchener Rück anheischig macht und das Desertec-Konzept unterstützt, diese Frage müssen ihre Mitglieder selbst beantworten. Zwar fordert Greenpeace von Desertec die Einhaltung verschiedener Umwelt- und Sozialstandards, aber letztlich handelt es sich bei den solarthermischen Kraftwerken um ein Wirtschaftsprojekt, das ähnliche infrastrukturelle Bedingungen und wirtschaftliche Abhängigkeiten schafft wie die Erzeugung von Kernenergie.

Photovoltaik wird von dem SPD-Abgeordneten Hermann Scheer und anderen Protagonisten der „Solargesellschaft“ gern als Gegenentwurf zur Solarthermie des Desertec-Konzepts präsentiert. Dem ist nur bedingt zuzustimmen. Denn auch bei der Photovoltaik handelt es sich im weiteren Sinn um eine zentralistische Energiegewinnungsform. Der Umstand, dass jeder einzelne Hausbesitzer Solarzellen auf seinem Dach installieren kann, bedeutet nicht zwangsläufig, dass er dadurch energieautark wird. Die Produktion von Solarzellen erfordert spezielles Know-how und stellt höchste Fertigungsanforderungen. Der administrative Verfügungsanspruch wird somit über die Bereitstellung der Technologie gewahrt. Deshalb steht die Photovoltaik dem Herrschaftsanliegen des Staates und dem Profitinteresse des Unternehmens nicht unbedingt entgegen.

Für solarthermische Kraftwerke gilt das um so mehr. Man kann sagen, Desertec ist ein Zukunftskonzept, dessen Fortschritt darin besteht, dass die Energieabhängigkeit der Menschen gesichert bleibt. Das gilt selbstverständlich im besonderen Maße für die Verbrennung von Kohle, Erdgas, Erdöl oder Uranbrennstäben, deren Folgen sich zudem für die menschliche Gesellschaft als besonders verheerend erwiesen hat - Stichworte sind Klimawandel und radioaktive Kontamination.

Die Erzeugung sogenannter regenerativer Energien, die einst von der Ökobewegung als Alternative zu konventionellen Energieträgern gepriesen wurde und, was heute in Vergessenheit geraten ist, auch auf Unabhängigkeit von den großen Versorgern zielte (das war die Zeit, als engagierte „Latzhosenträger“ erste Solarpaneele auf Berliner Hausdächer schraubten), wurde längst von Kapitalinteressen absorbiert und in die herkömmlichen Produktionsverhältnisse integriert. Das Desertec-Projekt geht erst gar nicht solche Umwege, sondern nimmt von Anfang an die Großindustrie in Anspruch. Die strebt Energieautarkie an, aber nur im Rahmen der von ihr vorgegebenen Verwertungsbedingungen.

Quelle:

www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-091.html

Schattenblick ist eine elektronische Zeitschrift des MA-Verlags.

GESUNDHEIT

Gefahr durch Cadmium in unserer Nahrung

Albert Schtschepik

Cadmium ist ein natürliches Schwermetall, das über die Nahrung in unseren Körper gelangen kann. Es kann sich in Getreide, in Gemüse, Hülsenfrüchten und in Nüssen anreichern, aber auch in Kakaobohnen und Fleischprodukten. Am Bundesinstitut für Risikobewertung in Berlin haben Experten aus ganz Deutschland über Grenzwerte für Cadmium und eine Reduzierung der Belastung beraten. Cadmium sammelt sich in den Nieren, und Cadmium ist ein hartnäckiges Schwermetall. Seine Halbwertszeit beträgt zehn bis zwanzig Jahre, so lange kann es die Nieren schädigen, allerdings erst ab einer bestimmten Menge. Und die Menge an Cadmium, die wir ein Leben lang aufnehmen können, ohne krank zu werden, die haben die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA, und das Bundesinstitut für Risikobewertung BfR jetzt neu berechnet: Bislang galten sieben Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht und pro Woche als unbedenklich, jetzt sind es nur noch 2,5 Mikrogramm. Das sei erst einmal kein Grund zur Sorge, sagt Andreas Hensel, Präsident des BfR in Berlin: „Was sich jetzt geändert hat, ist ja nicht die Schwermetallkonzentration auf unseren Feldern und in unseren Lebensmitteln, sondern nur die Bewertung derselben. Das heißt, wir sind jetzt etwas strenger geworden in der wissenschaftlichen Herangehensweise, weil wir gesehen haben, dass es hier doch offensichtlich Daten gibt, die uns zeigen, dass wir der Politik zu hohe Werte vorgeschlagen haben.“

Das Schwermetall gelangt über die Böden in die Rohstoffe und in die Futterpflanzen für Tiere. Manche Böden enthalten von Natur aus viel Cadmium, andere sind industriell verunreinigt, oder sie wurden mit cadmiumhaltigen Düngern behandelt. Über die Wurzeln dringt das Schwermetall dann in die Pflanzen ein. „Der Normalverzehrer schöpft den EFSA-Wert, also diese tolerable Dosis, die in der Woche nicht überschritten werden sollte, um langfristige Schäden auszuschließen, zu etwa 58 Prozent aus“, erklärt dazu Markus Schwarz, Biochemiker am Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe in Freiburg.

Im Durchschnitt nimmt man 1,8 Mikrogramm Cadmium pro Kilogramm Körpergewicht und pro Woche auf, also ein gutes Drittel weniger als von der EFSA empfohlen. Vegetarier sind allerdings auf deutlich höhere Werte gekommen, weil sie mehr Getreide, Nüsse und Gemüse essen. In ganz Europa kommen Vegetarier im Durchschnitt sogar auf 5,4 Mikrogramm, also doppelt so viel wie empfohlen. Das Ge-

undheitsrisiko ist nach Angaben der EFSA zwar selbst bei solchen Dosen gering. Trotzdem fordern die Wissenschaftler, den Cadmiumgehalt der Böden und folglich auch in den Rohstoffen zu reduzieren. Zum Beispiel mit Grenzwerten für Cadmium in Düngemitteln, an die sich jeder Landwirt in der EU halten muss. Wenn die Böden zu stark verseucht sind, müsste man über Nutzungsalternativen nachdenken. Noch einmal Andreas Hensel vom BfR: „Natürlich ist es so, das Cadmium liegt dann da im Boden, und da wird es so schnell auch nicht gelöst werden. Gleichwohl muss man sich überlegen, ob bestimmte Nutzungsformen an der Stelle gemacht werden müssen. Man kann sich überlegen, ob man da, anstatt dass man Tiere darauf grasen lässt oder Futtermittel daraus macht, beispielsweise dann auch für Biogasanlagen Pflanzenbau betreibt.“

Die Wissenschaftler wollen entsprechende Vorschläge erarbeiten. Dann ist die Politik am Zug. Dazu erklärt der Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie RLP: Dass die Wissenschaft der Politik „zu hohe Werte“ vorgeschlagen hat, darf nicht wieder durch beschwichtigende Formulierungen wie: „Es gibt keinen Grund sich Sorgen zu machen.“ relativiert werden, denn eine Senkung der Grenzwerte wird immer dann vorgeschlagen, wenn es schon genügend Anhaltspunkte für auftretende Erkrankungen gibt. Der „demographische Faktor“ und z. B. das Rauchen sind nicht allein für die stetig wachsenden Kosten im Gesundheitswesen verantwortlich. Sowohl das Bundes- wie auch das Landesministerium für Landwirtschaft in RLP sind nun gefordert, schnellstens den Gehalt an Cadmium in den Böden, auf denen Nahrungsmittel oder Futterpflanzen für Tiere angebaut werden bzw. Tierhaltung betrieben wird, zu analysieren und ihrer Verpflichtung zum gesundheitlichen Schutz der Verbraucher nachzukommen.

GRUNDPOSITIONEN

Das bedingungslose Grundeinkommen – eine Stellungnahme und eine Alternative

Franz Groll

Beweggründe für die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ist eine Folge der lange anhaltenden Arbeitslosigkeit und der damit häufig auftretenden Repressionen und Demütigungen der betroffenen Menschen, insbesondere bei der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze. Eine weitere Folge der Hartz-IV-Gesetze ist das Lohndumping. Ohne das Versa-

gen der Wirtschaftspolitik, also ohne die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, hätte es vermutlich diese Forderung nach einem BGE gar nicht gegeben.

Widerstände gegen das BGE gibt es vor allem aus Gewerkschaftskreisen. Mir sind ihre Argumente gegen das BGE nicht im Detail bekannt, ich vermute aber, dass es für Sie selbstverständlich ist, dass unser Wohlstand von der Schaffung und der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen abhängt, die nur durch Arbeit entstehen können. Sie fordern deshalb zu Recht eine gute Entlohnung für gute Arbeit.

Ihnen fällt es deshalb schwer zu akzeptieren, dass alle, auch völlig ohne persönliche Arbeitsleistung, ein „auskömmliches“ Einkommen erhalten sollen, also ein für das Leben ausreichendes Einkommen. Dies ist in der Tat auch in dieser konsequenten Form gar nicht möglich.

Das BGE kann nur dann finanziert werden, wenn nur wenige sich mit diesem Einkommen begnügen und wenn sich die Schwarzarbeit nicht ausweitet. Da aber für die Finanzierung des BGE die Transferleistungen gegenüber heute stark ansteigen werden, müssen die Steuern und/oder die Sozialabgaben ebenfalls entsprechend erhöht werden. Genau das wird aber die Schwarzarbeit ansteigen lassen, was das BGE letztendlich zu Fall bringen würde.

Die Alternative

Die bessere Lösung ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und allen Menschen, auch denen mit geringer Leistungsfähigkeit, eine angemessene Arbeit anzubieten und so zu entlohnen, dass sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die „Lösung“, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wird vermutlich bei den meisten Leserinnen und Lesern Heiterkeit hervorrufen, darüber bin ich mir im Klaren, denn die meisten Menschen denken, dass es nie mehr Vollbeschäftigung geben wird. Ich persönlich bin genau der entgegengesetzten Meinung. Ich erwarte und befürchte, dass wir schon in wenigen Jahren einen erheblichen Fachkräftemangel haben werden, und wir schon bald danach mehr Arbeitskräftemangel als Arbeitslosigkeit haben werden, und zwar aus 2 Gründen:

1. Der Klimawandel und die Knappheit der Ressourcen werden uns dazu zwingen, völlig neue Produkte und Verfahren zu entwickeln, mit denen wir mit immer weniger CO₂-Ausstoß und immer geringerem Rohstoffverbrauch unseren Lebensstandard sichern können. (Zur Information: Der UNO-Klimarat (IPCC) hat ermittelt, dass wir bis zum Jahr 2050 nur noch 2 t CO₂/Person ausstoßen dürfen, heute stoßen wir in Deutschland 12,3 t/Person aus. Das bedeutet, dass wir in den nächsten 40 Jahren unseren CO₂-Ausstoß jedes Jahr um 4,4 % reduzieren müssen.)

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir alle verfügbaren Arbeitskräfte. Wir tun gut daran, auch ein Qualifizierungsprogramm aufzulegen,

damit all die Erwachsenen weitergebildet werden können, die nicht die für sie höchstmögliche Ausbildung erhalten haben. Wir brauchen wirklich alle „Hände und Köpfe“, um trotz der zusätzlichen Aufwendungen für den Ressourcen- und Klimaschutz unseren Lebensstandard halten zu können.

Diese völlig veränderte Situation mit hohen Investitionen in den Ressourcen- und Klimaschutz wird auch dazu führen, dass die Investitionen in die Rationalisierung der Arbeit zurück gehen werden, zum einen, weil ein Unternehmen nur so viel investieren kann, wie es der Erlös erlaubt, und zum zweiten, weil wir schon bald nicht mehr genügend Fachkräfte haben werden.

2. Der demographische Wandel wird dazu führen, dass ab dem Jahr 2013 in Deutschland schon 200 000 Menschen mehr in Rente gehen, als Junge ins Erwerbsleben nachrücken. In den Jahren von 2020 bis 2034 steigert sich der Rückgang an Arbeitskräften im Durchschnitt auf 560 000 pro Jahr. Dass dies den Fachkräftemangel verstärken wird, dürfte wohl nicht angezweifelt werden, und die Arbeitslosigkeit wird dadurch zusätzlich rasch absinken und sich in Arbeitskräftemangel umkehren.

Hinzu kommt, dass durch die größere Anzahl an älteren Menschen der Aufwand für die Gesundheits- und Pflegedienste stark ansteigt, wodurch zusätzlich Arbeitskräfte gebunden werden. Deutschland wird dann Zuwanderungsland. Die Ausbildung und der Eigenverbrauch der neuen Arbeitskräfte werden aber einen großen Teil der dadurch gewonnenen Arbeitskraft kompensieren, so dass mit der verstärkten Zuwanderung der Engpass an Fach- und Arbeitskräften nicht gänzlich aufgehoben werden kann.

Daher die klare Forderung: Auch wegen des drohenden Fach- und Arbeitskräftemangels ist es dringend erforderlich, dass der ökologische Umbau jetzt mit höchster Priorität eingeleitet wird. Wir müssen die Zeit nutzen, in der die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre noch im Erwerbsleben stehen und noch Arbeitslosigkeit herrscht.

Der Weg zur Zukunftsfähigkeit ersetzt das BGE

Die Einführung des BGE kann dazu führen, dass viele Menschen die neu gewonnene Freiheit und ihre Kreativität dazu nutzen, Lösungen zur Bewältigung der zukünftigen Probleme zu erarbeiten. Das kann so kommen, sicher ist es jedoch nicht, weil der Staat wegen der hohen Transferleistungen für das BGE kaum noch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen kann, mit denen solche Lösungen initiiert und finanziert werden.

Es ist daher aus meiner Sicht besser, die Kreativität der Menschen durch geeignete Maßnahmen zur Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Konsumweise zu lenken und dadurch gleichzeitig die Arbeitslosigkeit zu überwinden, dann brauchen wir das BGE

gar nicht mehr. Wir haben dadurch eher die Chance, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, bevor es zu spät ist, und wir schaffen Hartz IV ab. Mit welchen Methoden wir das Ziel der Zukunftsfähigkeit noch rechtzeitig erreichen können, werde ich demnächst in der Tarantel darstellen.

Franz Groll ist Mitglied der LAG Ökologische Plattform in Baden Württemberg und im Sprecherrat der ÖPF auf Bundesebene.

UMWELTNACHRICHTEN

Thüringen braucht mehr Ökologie und mehr Demokratie. Keine Verringerung der parlamentarischen Einflussmöglichkeit!

Ökologische Plattform Thüringen

Die Ökologische Plattform Thüringen der Partei DIE LINKE kritisiert die geplante Zusammenlegung des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Ausschuss für Naturschutz und Umwelt im Thüringer Landtag auf das Schärfste. Das haben die Mitglieder auf ihrer Jahresversammlung am 28.10.2009 klar zum Ausdruck gebracht. Angesichts der großen Herausforderungen wie Klimawandel, Erhaltung der Kulturlandschaften, umweltverträgliche Landnutzung und Energiegewinnung wäre die Zusammenlegung der Ausschüsse eine ganz falsche Entscheidung. Wenn diese Ausschüsse zusammengelegt werden, entsteht zwangsläufig die Situation, dass bestimmte Fragen nur mehr unter einem Blickwinkel behandelt werden. Das wird dem grünen Herzen Thüringens schaden. Aber nicht nur für die nachhaltige Entwicklung unseres Bundeslandes sind ausreichende Beratungen unserer Abgeordneten notwendig. Hier geht es auch um eine grundlegende Frage der Demokratie. Der Thüringer Landtag ist der Gesetzgeber unseres Landes, Bürger haben hier die Möglichkeit, über ihre gewählten Vertreter Probleme einzubringen und verhandeln zu lassen. Das geschieht im Detail in den Ausschüssen. Wenn nun Ausschüsse zusammengelegt werden geht ein Stück Demokratie verloren.

Aus diesen Gründen fordert die Ökologische Plattform Thüringen alle Abgeordneten des Thüringer Landtags auf, der geplanten Zusammenlegung der Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Naturschutz und Umwelt nicht zuzustimmen.

Tierschutz: DIE LINKE fordert Verbandsklagerecht für Hamburger Tierschutzverbände

Pressemitteilung, DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, 08.09.2009

Die Fraktion DIE LINKE fordert ein neues Gesetz für Hamburg und hat einen entsprechenden Entwurf auf die Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung am 16. September gesetzt. Das Ziel: Tiere sollen besser vor Gesetzesverstößen geschützt werden. Wenn Behörden sich über das Tierschutzrecht hinwegsetzen, müssen anerkannte Tierschutzverbände die Möglichkeit haben, stellvertretend für die Tiere zu klagen. „Tiere benötigen nicht nur moralische, sondern einklagbare Rechte. Da sie selbst nicht vor Gericht gehen können, muss dies den Experten und Expertinnen möglich sein, die ihre Interessen fachlich kompetent vertreten können. Das Gesetz knüpft an die aktuelle Entwicklung im Natur- und Umweltrecht an“, erklärt Kersten Artus, verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Die Initiative lehnt sich an das Bremer Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine an und räumt anerkannten Tierschutzvereinen das Recht auf Feststellungsklage ein, ohne die Verletzung eigener Rechte geltend machen zu müssen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass anerkannte Tierschutzverbände behördliche Maßnahmen im Nachhinein überprüfen lassen können. Stellt das Gericht fest, dass gegen geltende Tierschutzbestimmungen und Verordnungen verstoßen wurde, müssen die Behörden dies bei künftigen Entscheidungen zugunsten der Tiere berücksichtigen. Das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine soll zum Abbau von Vollzugsdefiziten beitragen und die Behörden zu einem sorgfältigeren Umgang mit der Ausführung des Tierschutzrechts veranlassen.

Kersten Artus weiter: „Wir dürfen uns nicht damit begnügen, Tieren unverbindliche moralische Rechte zugestehen. Unser Gesetzesentwurf soll den anerkannten Tierschutzverbänden ermöglichen, die Tierrechte vor Gericht zu erstreiten. Nur mit einem Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine, kann die Einhaltung der Bestimmungen zum Tierschutz gesichert werden. Wir hoffen, dass auch von Hamburg aus ein Zeichen für den Tierschutz gesetzt wird.“

Quelle:

www.fellbeisse.net/news/tierschutz-die-linke-fordert-verbandsklagerecht-fuer-hamburger-tierschutzverbaende

Ausgewogene Entscheidung zwischen Wirtschafts- und Anwohnerinteressen?

Pressemeldung, Die Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Anita Tack, 22.10.2009

Zur Veröffentlichung des Planergänzungsbeschlusses „Lärmschutzkonzept BBI“ mit den darin festgelegten Nachtflugbestimmungen für den zukünftigen Flughafen Berlin-Brandenburg in Schönefeld erklärt die verkehrspolitische Sprecherin Anita Tack: „Das Bundesverwaltungsgerichts hatte mit seinem Urteil aus 2006 Nachtflugregelungen gefordert, die die Einhaltung des absoluten Nachtflugverbotes in der Kernzeit zwischen 0 bis 5 Uhr sichern und in den Nachtrandstunden zwischen 22 bis 24 Uhr und 5 bis 6 Uhr nur sogenannten ‚unabweisbaren‘ Flugbetrieb ermöglichen sollen.

Nun liegt der längst überfällige Planergänzungsbeschluss vor. Zwar soll in der Kernzeit zwischen 0 bis 5 Uhr grundsätzlich Flugverbot bestehen. Die Regelungen für die Nachtrandzeiten mit bis zu 100 Flugbewegungen pro Nacht geben jedoch zu der Vermutung Anlass, dass bei der Abwägung zwischen Anwohnerschutz und Flugverkehrsinteressen vorrangig auf den wirtschaftlichen Nachtflugbedarf gesetzt wurde, ohne eine Verlagerung dieses Bedarfs in den Tag oder in weniger sensible Randzeiten genügend zu prüfen, zu regeln und deutlicher anzureizen. Ob dieser Planergänzungsbeschluss als ausgewogen im Sinne einer ausreichenden Berücksichtigung von Anwohnerinteressen zu bezeichnen ist, bleibt ebenso zu bezweifeln wie sein weiterer Bestand in möglichen Gerichtsverfahren.

Quelle:

www.dielinke-brandenburg.de/politik/presse/detail/zur-ueck/wahlportal/artikel/ausgewogene-entscheidung-zwischen-wirtschafts-und-anwohnerinteressen-1/

Gentechnik: Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit"

Projektwerkstatt, Reiskirchen

Wer sich fragt, warum die grüne Gentechnik trotz überwältigender Ablehnung immer weiter vorangetrieben wird, findet jetzt eine neue Antwort: Unter dem Titel „Organisierte Unverantwortlichkeit“, einem Ausspruch des Bundesumweltministers, zeigen GentechnikkritikerInnen auf, dass staatliche Aufsichtsbehörden, Forschungsinstitute, Konzerne und Lobbyverbände miteinander stark verfilzt sind. „Es gibt keine unabhängigen Stellen und überall herrschen Seilschaften, die keinen Zweifel an ihrer Befürwortung

der Gentechnik lassen“, fasst der Autor Jörg Bergstedt die Lage zusammen. Dabei würden Genehmigungsverfahren ausgehebelt und viele Millionen Forschungsgelder in windige Firmenkonstruktionen umgeleitet: „Rund um die vier Zentren der grünen Gentechnik in Gatersleben, Braunschweig, Üplingen und Groß Lüsewitz sind mafiose Geflechte von Kleinstunternehmen entstanden, zwischen denen Aufträge und Gelder hin- und hergeschoben werden.“ Die neue Broschüre (www.aktionsversand.de.vu) soll die Debatte um das Verbot der grünen Gentechnik voranbringen. Am wichtigsten aber ist dem Autor die Folgerung: „Wer sich auf staatliche Stellen verlässt, ist verlassen. Gentechnikfreiheit gibt es nur dann, wenn die 80 Prozent Ablehnung auch in direkten Protest umschlagen - nicht nur per Protestmail oder am Supermarktregal!“ Dass es Seilschaften geben wird, ist höchst naheliegend. Ob der Autor in jedem Fall richtig liegt, bedarf freilich kritischer Prüfung.

Quelle:

<http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz/brosch.htm>

BÜCHERECKE

40 Grad im März in Deutschland. Buchautoren zeichnen ungemütliches Bild von der Welt im Jahr 2035

Interview mit Eva Goris

Flüchtlingsströme, Seuchen, Wasserrationierung, Unruhen und Einreisesperren: EVA GORIS (53), Pressesprecherin der Deutschen Wildtier Stiftung, und Claus-Peter Hutter zeichnen in ihrem Buch „Die Erde schlägt zurück“ ein ungemütliches Bild von der Welt im Jahr 2035. Mit der Co-Autorin EVA GORIS aus Hamburg spricht ND-Mitarbeiter RENÉ GRALLA über die drohende Klimakatastrophe.

Der Klimawandel führt nicht nur dazu, dass es wärmer wird. In Ihrem Buch beschreiben Sie, wie bisher unbekannte Erreger neue Seuchen auslösen, als Folge steigender Temperaturen. Ist die Schweinegrippe erstes Alarmsignal?

GORIS: Ja, als indirekter Effekt.

Warum indirekt?

Die Massentierhaltung für sich allein genommen ist eine sehr klimaschädliche Form der Lebensmittelproduktion. Denken Sie an die Methanausdünstungen der Kühe. Gleichzeitig müssen Sie, werden Schlachttiere auf engstem Raum zusammenge-

pfercht, viel mit Medikamenten arbeiten. So dass deren Fleisch mit Antibiotikarückständen angereichert ist. Das führt zu Resistenzen von Bakterien und Viren und wir holen uns zunehmend Seuchen an den Hals. Beispiel ist die Vogelgrippe, die von der Massentierhaltung ausgelöst worden ist, davon können wir ausgehen. Bakterien und Viren scheinen offenbar schneller zu mutieren, je heißer es wird.

Da steht uns einiges ins Haus. Viele haben das bisher gar nicht richtig begriffen. Die denken, ist doch Klasse, wenn es wärmer wird, haben auch wir im Norden ständig Sommer, Palmen wachsen, alles wird bunt. Dabei werden wir wegen des Klimawandels zunehmend mit Zecken kämpfen müssen. Wir kriegen Malariamücken, früher war das denen außerhalb tropischer Breiten zu kalt. Nicht zu vergessen die schlechten Nachrichten für Allergiker, die Weltgesundheitsorganisation spricht von einer ganzjährigen Pollensaison. Die letzten elf von zwölf Sommern waren die heißesten seit Beginn der meteorologischen Aufzeichnungen.

Gefühlt war der Sommer 2008 aber eigentlich nicht so toll! Der Trend wurde weltweit gemessen, selbst wenn wir vielleicht den Eindruck gehabt haben sollten, der eine oder andere Sommer sei etwas kälter gewesen. Das sehen wir auch an den Polkappen, die schmelzen immer weiter ab. Es wird einfach wärmer auf der Erde.

Ihr Buch entwirft Szenarien für 2035. Da sollen im März bei uns Temperaturen von 40 Grad herrschen. Um wie viel Grad wäre die globale Temperatur angestiegen?

Dafür reichen zwei Grad. Das hat der Weltklimarat für 2035 prophezeit, falls nicht massiv gegengesteuert wird. 2007 hat der Rat gewarnt, uns blieben noch elf Jahre, um das Steuer herumzureißen. Zwei Jahre sind vergangen, wir haben nichts getan. Im Gegenteil: Wir machen irre Dinge wie die Abwrackprämie, und Frau Merkel redet nicht mehr vom Klima, sondern von der Wirtschaftskrise.

Das Zeitfenster wird demnach zunehmend enger?

Das ist leider realistisch. Die Probleme, die wir im Norden kriegen werden, mögen vielleicht geringer sein als in klassischen Katastrophengebieten in Afrika oder Asien. Doch sollten wir die Erwärmung nicht stoppen, müssen sich 600 Millionen Menschen nach Europa auf den Weg machen. Weil sie wegen Trockenheit und Dürre hungern oder weil ihre Länder schlicht untergehen, die Folge steigender Meeresspiegel.

Sie schildern in fiktiven Reportagen das Leben unter den Bedingungen der Klimakatastrophe. Damit die Leute endlich begreifen, was es heißt, wenn die Klimakatastrophe vor der eigenen Haustür ankommt. Als Folge der trockenen Sommer sinkt der Grundwasserspiegel, dann funktioniert auch die Wasserversorgung aus den Flüssen nicht mehr. Mit einer weiteren unangenehmen Konsequenz: Die Atomkraftwerke können nicht mehr gekühlt werden! Einen Vorgeschmack gab der Hitzesommer 2006, als die

Leistung von AKWs heruntergefahren werden musste.

Staaten schotteten sich ab, erlassen Einreiseverbote. Eine logische Reaktion, angesichts der Wellen von Klimaflüchtlingsen.

Steht uns eine Rationierungs- und Zuteilungswirtschaft bevor?

Ich fürchte, dass wir eines Tages eine Diktatur haben werden, die reinen Sachzwängen folgt, die sich aus den dramatisch schwindenden Ressourcen ergeben.

Was bleibt uns zu tun?

Wir müssen auf alternative Energieträger setzen: Sonnenenergie, Windkraft, Biomasse, Wasserkraft. Jeder kann beitragen, indem wir lieb gewordene Gewohnheiten ändern. Fleischproduktion ist extrem klimaschädlich, muss ich jeden Tag Fleisch essen?! Es hilft sogar, den Fernsehkonsum einzuschränken. Wer zwei Stunden vor dem Bildschirm sitzt, verbraucht 120 Gramm CO₂.

Quelle:

Neues Deutschland, 4.6.2009

Goris, Hutter: „Die Erde schlägt zurück – Wie der Klimawandel unser Leben verändert“; Droemer Verlag, München; 256 S., 25 Euro

Buchempfehlungen

Zusammenstellung von Marko Ferst, Götz Brandt

Andrea Flemmer

Bio-Lebensmittel. Warum sie wirklich gesünder sind

Es ist bewiesen: Biolebensmittel sind gesünder. Doch was ist eigentlich Bio, und wie erkenne ich diese Produkte zweifelsfrei? Zugleich zeigt die Autorin auf, wie die Lebensmittelindustrie mit Aufschriften wie „vom Lande“ oder „umweltverträglich“ die Verbraucher täuschen will. Auch das Kapitel „Zusatzstoffe und Co.“ kann einen schnell zum Öko-Konsumenten bekehren: Das Buch gibt detaillierte Einblicke in die Lebensmittelindustrie und erläutert die ganz Palette der Zusatzstoffe. Dr. Andrea Flemmer ist Fachautorin für Gesundheitsthemen.

Humboldt, 2008, 190 S., 9,90 €

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte

Was bedeutet Nachhaltigkeit in internationaler Verantwortung für Deutschland? Wie werden Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig? Wie können Bürgerinnen und Bürger gestaltend in gesellschaftliche Prozesse eingreifen und ihr Verhalten so

ausrichten, dass auch die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen erhalten bleiben?

Brot für die Welt, der BUND und der Evangelische Entwicklungsdienst haben das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie beauftragt, Antworten auf diese Fragen zu finden und Wege und Möglichkeiten vorzuschlagen, wie sich diese kreativ und innovativ in der Praxis umsetzen lassen. Ziel ist auch eine breite gesellschaftliche Debatte anzustoßen, damit „lebenswerte Zukunft“ und „globale Partnerschaft“ keine leeren Schlagwörter bleiben, sondern in konkretes politisches Handeln münden.

Fischer Taschenbuch, 2008, 656 S., 14,95 €

Kirstin Dow, Thomas E. Downing Weltatlas des Klimawandels – Karten und Fakten zur globalen Erwärmung

Der Band legt solides, wissenschaftlich fundiertes und trotzdem leicht verständliches Informationsmaterial vor. Der Welt-Atlas des Klimawandels fasst alles Wissenswerte zur Geschichte, zu den Ursachen und Gefahren der Klimakatastrophe zusammen. Wissenschaftlich fundiert und in der Darstellungsweise außerordentlich anschaulich zeigt der Atlas die möglichen Auswirkungen des Klimawandels sowohl auf unsere Fähigkeit, in Zukunft die Menschheit zu ernähren, Wasserknappheiten zu vermeiden, die biologische Vielfalt zu erhalten, die Gesundheit zu verbessern als auch die Städte und die Kulturgüter zu bewahren. Mit farbigen Karten, Grafiken und Tabellen bietet er unentbehrliches Hintergrundwissen. Er ist damit eine wichtige Lern-, Lehr- und Informationsquelle zur größten Herausforderung, vor die sich die Menschheit gestellt sieht. Kirstin Dow ist promovierte Geografin, a. o. Professor an der University of South Carolina und Forschungsstipendiatin des Stockholm Environment Institute. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf ökologischen Gefahren und der politischen Dynamik ökologischer Probleme. Thomas E. Downing ist promovierter Geograf, Direktor des Oxforder Büros des Stockholm Environment Institute und Gastprofessor an der Oxford University.
Europäische Verlagsanstalt, 2007, 112 S., 19,90 €

Der Arktis-Klima-Report. Die Auswirkungen der Erwärmung

Das Klima in der Arktis ändert sich zur Zeit gravierend. Das Buch stellt die Forschungsergebnisse vor - verständlich und ansprechend aufbereitet mit vielen Grafiken, Illustrationen und Fotos. Die Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt, auf die Schifffahrt und die ansässigen Menschen werden betrachtet. Der Band beschreibt, wie sich die arktischen Vegetationszonen verschieben werden und die wirtschaftliche Infrastruktur geschädigt wird. Vom Verschwinden ganzer Ortschaften durch das zurückweichende Eis wird berichtet und wie das Meer jetzt ungehindert das Land nehmen kann.

2005, 140 S., 6 €

Klima-Sparbuch für München 2010

Unter dem Motto „Klima schützen und Geld sparen“ werden in diesem Büchlein in handlichem Taschenformat in einem ersten Teil Ratschläge und Tipps für die Einsparung von Kohlendioxid und den damit verbundenen Geldeinsparungen gegeben. Ratschläge gibt es zum Essen, Verkehr, Einsparungen an und in Gebäuden, zur Kleidung und bei vielen anderen Gebieten. Immer wird zu jedem Vorschlag die konkrete Einsparungsmöglichkeit in Gramm Kohlendioxid und in € ausgewiesen. Das ist sehr anschaulich und ein direkter Anreiz zum Sparen.

In einem zweiten Teil werden „Klimagutscheine“ angeboten. Reformhäuser, Biomärkte, Secondhandläden, Gaststätten, Banken usw. bieten Rabatte, Waren zum Probieren, kostenlose Anlieferungen, Beratungen und Führungen sowie Probeabos an. Insgesamt können mit diesen Angeboten 500 € eingespart werden.

Das ist ein konkretes, verständliches, bürgernahes und regionales Handbuch für jeden Bürger der Stadt München. Der erste Teil ist aber in jeder Stadt anwendbar, und es ist zu hoffen, dass dieses Beispiel Schule macht und bald in jeder Großstadt ein solches Sparbuch erscheint.

Oekom, München, 2009, ISBN 978-3-86581-136-3, 6,90 € (www.oekom.de)

Schriftenreihe

„Beiträge zur Umweltpolitik“

Götz Brandt/Josef Pöschl

„Das zukunftsgerechte Einfamilienhaus“

Der Eigenheimbau ist neben dem Besitz eines Autos

das von den Apologeten der Konsumgesellschaft vorgeschriebene Ziel jedes Bürgers in Deutschland. ... Nunmehr wird die Zukunftsproblematik auch auf dem Gebiet des Eigenheimbaus untersucht. Jeder, Bauherr oder Architekt, kann sich aus den Vorschlägen Anregungen für den eigenen Hausneubau oder die Nachrüstung holen. Politiker können ihre



Vorstellungen überdenken und Maßnahmen ableiten. (aus dem Vorwort)

Die Broschüre kann wie immer über die ÖPF bezogen bzw. unter www.die-linke.de heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis

IN EIGENER SACHE	1	GESUNDHEIT	19
Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform am 10.10.2009	1	Gefahr durch Cadmium in unserer Nahrung <i>Albert Schtschepik</i>	19
Aufbau einer Liste mit ökologischen Vortragsthemen <i>Anne-Kathrein Petereit</i>	2	GRUNDPOSITIONEN	19
KONFERENZEN	2	Das bedingungslose Grundeinkommen – eine Stellungnahme und eine Alternative <i>Franz Groll</i>	19
Konferenz für Ökologie und Sozialismus 13./14.03.2010 in Kassel <i>Bildungsgemeinschaft SALZ</i>	2	UMWELTNACHRICHTEN	21
7. LiMA-Akademie 2010 in Kassel <i>Linke Medienakademie (LiMA)</i>	3	Thüringen braucht mehr Ökologie und mehr Demokratie. Keine Verringerung der parlamentarischen Einflussmöglichkeiten! <i>Ökologische Plattform Thüringen</i>	21
POLITIK	3	Tierschutz: DIE LINKE fordert Verbandsklagerecht für Hamburger Tierschutzverbände <i>Pressemitteilung, DIE LINKE. Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft, 08.09.2009</i>	21
Ökologie: Deutschland kann mehr. Die BUND-Bewertung des Koalitionsvertrages von Union und FDP <i>BUND</i>	3	Ausgewogene Entscheidung zwischen Wirtschafts- und Anwohnerinteressen? <i>Pressemeldung, Die Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Anita Tack, 22.10.2009</i>	22
Was müssen die Brandenburger LINKEN auf dem Gebiet der Energiepolitik tun, um glaubwürdig zu bleiben? Empfehlungen <i>Beschluss des Sprecherrates der Ökologischen Plattform bei der LINKEN, 19.11.2009</i>	7	Gentechnik: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ <i>Projektwerkstatt Reiskirchen</i>	22
Das Kreuz mit der Kohle. Wird rot-rote Umweltpolitik in Brandenburg ein Erfolgsmodell? <i>Marko Ferst</i>	9	BÜCHERECKE	22
Stellungnahme des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform bei der LINKEN zum Koalitionsvertrag des Landes Brandenburg zwischen SPD und LINKEN <i>Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform, 04.11.2009</i>	11	40 Grad im März in Deutschland. Buchautoren zeichnen ungemütliches Bild von der Welt im Jahr 2035 <i>Interview mit Eva Goris</i>	22
Sarkozys Ökosteuer. Französische Pläne finden hierzulande kaum Zustimmung <i>Susanne Götze</i>	11	Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung von Marko Ferst, Götz Brandt</i>	23
Mobilfunk an Schulen. Kooperation von Staat und Industrie auf Kosten der Kinder <i>Siegfried Schwarz Müller</i>	12	Impressum	
Brandenburger Umwelt- und Naturschutzverbände fordern Erhalt von „Ozon“ <i>ANU Landesverband Brandenburg, ARGUS Potsdam, BUND Landesverband Brandenburg, Grüne Liga Brandenburg, NaturFreunde Brandenburg Landesverband Brandenburg, NABU Landesverband Brandenburg, NAJU Landesverband Brandenburg, VCD Landesverband Brandenburg</i>	14	Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin oekoplattform@die-linke.de www.oekologische-plattform.de	
KLIMA UND ENERGIE	14	Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform	
Marsch ins Treibhaus <i>Elmar Altvater</i>	14	Redaktion: zeitschrift-oekoplattform@web.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)	
Atomenergie ist Kriegsenergie. Ein Plädoyer für die Energiewende als Investition in ein friedliches 21. Jahrhundert <i>Hans-Kurt Hill</i>	15	Redaktionsschluss: 07.12.2009 Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren.	
Klimaschutzabkommen ja – atomarer Energiemix, nein danke! <i>Presseerklärung DER LINKEN im Europaparlament, Strasbourg, 26.11.2009</i>	17	Bestellung/Adressänderung: kontakt-oekoplattform@web.de	
Desertec - kein Projekt, um Energie-Autarkie zu erlangen (SB). „Wüstenstrom“ sorgt für fortgesetzte Energieabhängigkeit. Großindustrie und Greenpeace ziehen an einem Strang <i>Redaktion Schattenblick, 14.07.2009</i>	17	Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000 C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform	

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei den Adressen bitte an kontakt-oekoplattform@web.de melden.

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Marko Ferst, marko@ferst.de
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Prof. Dr. Wolfgang Methling (Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss), Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167, Fax 030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de
Sabine Stüber, MdB, Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz; Tel. 030 227-72138, Fax 030 227-76138, sabine.stueber@bundestag.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler ÖPF und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über info@oekologische-plattform.de

Landesebene

Baden-Württemberg LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, mail@wolfgangkaemmerer.de;
Anne Rahlfs, anne.rahlfs@linkspartei-bw.de
Franz Groll (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Franz.Groll@gmx.de

Bayern LAG Umwelt

Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, Fax 0841 8814230, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de;
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin LAG Umwelt

Marion Platta (MdA, umweltpolitische Sprecherin), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg LAG Umwelt

Peter Engert (Sprecher), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361 344351
Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitischer Sprecher), Tiefer 8, 28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg LAG Umwelt

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitische Sprecherin), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen ÖPF Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de
Marjana Schott (MdL, umwelt- und landwirtschaftspolitische Sprecherin), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese (MdL, energie- und umweltpolitischer Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.griese@dielinke.landtag-mv.de

Birgit Schwabs (MdL, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin), Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel.038203 63519, b.schwabs@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Kurt Herzog (MdL, umweltpolitischer Sprecher), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de
Heinz Preuß (ÖPF Niedersachsen, Koordinierungsrat ÖPF Bund), Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpbobrusso@aol.com
Ulrich Steinmeyer (LAG Umwelt-Energie-Verkehr), Am Oser 5, 27283 Verden, Tel. 04231 937960, 0179 4727893, info@ulrichsteinmeyer.de

Nordrhein-Westfalen ÖPF Nordrhein-Westfalen

www.oepf-nrw.de
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Angelika Jürgensonn-Korjenic (AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler), Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing, angelika62de@yahoo.de

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt- und tierschutzpolitische Sprecherin), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen ADELE – ÖPF Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de
Dr. Jana Pinka (MdL, umwelt- und technologiepolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de,
Dr. Monika Runge (MdL, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, Fax 0345 29418-64
Angelika Hunger (MdL, Sprecherin Verbraucherschutz und Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdL, Sprecher Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624, dettmergruenefeld@hotmail.com

Thüringen ÖPF Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361 3772604, 0151 11723000, johanna@scheringer.de
Tilo Kummer (MdL, landwirtschaftspolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de
Katja Wolf (MdL, umweltpolitische Sprecherin) Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, wolf@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de
www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf